

E&W

Erziehung & Wissenschaft

GEW

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW | 04/2025

HOCHSCHULEN AM LIMIT

SANIERUNGSSTAU BEHEBEN

BAFÖG AUF BÜRGERGELDNIVEAU ANHEBEN

BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSSE ABSCHAFFEN

WAS TUN?

Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik gerät durch den Rechtsruck zunehmend unter Druck. **Seite 22**

HERAUSFORDERND

Ein autistisches Kind an einem Gymnasium? Das geht und kann für alle eine Bereicherung sein. **Seite 34**

ERFOLGREICH

Kinderarbeit ist in Malawi weit verbreitet. Die GEW-Stiftung fair childhood bekämpft sie. **Seite 38**

DGB

**DU MACHST KINDER FIT
FÜR MORGEN UND
ERLEBST GEWALT?**

 **0800 - 116 006 0**

mensch.dgb.de 

**VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH**

Wir sind für Dich da. Bei DGB und WEISSER RING erhältst Du Beratung und Unterstützung nach Gewalt im Dienst – bundesweit, kostenfrei und anonym gegenüber Arbeitgebenden oder Dienstherrn.

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Hochschulen am Limit

Finanznot: Studierende unter Druck	6
Wissenschaft: Prekäre Beschäftigung	12



Hochschulbau: Großer Sanierungsstau	15
-------------------------------------	----



Wissenschaft: Machtmissbrauch mit System	18
GEW-Kommentar: Gute Arbeit und gutes Studium	20

Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik

Tagung „Feminismus“: Wissen, wie es geht!	22
---	----

Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren	
Alter der Vielfalt	23

Jugendhilfe und Sozialarbeit

Kita des Jahres: Haus der Chancengleichheit	28
---	----

Schule

Migration: Nachfragen und Interesse zeigen	32
Autistische Kinder: Lohnende Herausforderung	34

Bildungspolitik


Finanzpaket: Viele Fragezeichen	36
---------------------------------	----

fair childhood

Malawi-Projekt: Erfolg gegen Kinderarbeit	38
---	----

Gewerkschaftstag 2025

Die Wahlkommission informiert: Wahlvorschläge	40
---	----

 Alle Infos zum Gewerkschaftstag:
gew.de/gewtag25

Mitgliederforum

45

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 77. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

ARBEITGEBER FLÜCHTEN SICH IN DIE SCHLICHTUNG

In der dritten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen (TVöD) haben die Arbeitgeber die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt und die Schlichtung angerufen. Für die Gewerkschaften ist dieser Schritt unverständlich, denn ein Tarifabschluss wäre aus ihrer Sicht möglich gewesen. „Obwohl die Gewerkschaften in den Verhandlungen zuletzt in vielen Punkten Einigungsvorschläge gemacht hatten, schlugen die Arbeitgeber die Bereitschaft der Gewerkschaften zu Annäherungen und weiteren Verhandlungen aus“, betonte die GEW-Vorsitzende Maike Finnen nach dem Ende der Verhandlungsrunde Mitte März in Potsdam. Fast alle wichtigen Ziele der Gewerkschaften wie eine deutliche Realloohnerhöhung, einen Mindestbetrag für die Beschäftigten, ein erweitertes Arbeitszeitkonto sowie ein Modell zur Altersteilzeit, einen Mitgliedervorteil und die Ost-West-Angleichung beim Kündigungsschutz hätten die Arbeitgeber aber überwiegend abgelehnt. Die paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengesetzte Schlichtungskommission unter Leitung des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (für die Arbeitgeberseite) und des ehemaligen Bremer Staatsrats Hans-Henning Lühr (für die Gewerkschaften) wird ihre Einigungsempfehlung bis Ende März vorlegen (nach Drucklegung dieser E&W-Ausgabe). Darüber verhandeln die Tarifparteien dann erneut Anfang April.



Alle Infos zum aktuellen Stand zur Tarifrunde TVöD 2025: gew.de/mehr

GELBE-HAND-PREISE VERLIEHEN

Der gewerkschaftliche Verein „Mach’ meinen Kumpel nicht an!“ hat zum 18. Mal Preise des bundesweiten Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ verliehen. Mit dem ersten Preis wurde Mitte März die Jugend- und

Auszubildendenvertreterin von Roche in Penzberg, Laura Dessel, für den eigenkomponierten Song „Hand in Hand“ gegen Krieg, Gewalt, Terror und Hass ausgezeichnet. Weitere Preise gingen nach Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Den Sonderpreis der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen erhielt die Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung der Currenta-Gruppe für ihre Antirassismuskampagne. Mehr Infos: gelbehand.de



MEHR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Deutschland ist das dritte Jahr in Folge gestiegen. Im aktuellen Schuljahr 2024/2025 zählt das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Ergebnissen rund 11,4 Millionen Schülerinnen und Schüler, 0,9 Prozent mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Der aktuelle Anstieg sei ebenso wie in den beiden Vorjahren vor allem auf die Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen, teilte das Bundesamt mit. Zum Jahresende 2023 lebten demnach 8 Prozent mehr ausländische Kinder und junge Menschen im relevanten Alter von fünf bis 19 Jahren in Deutschland als Ende 2022. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit sei lediglich um 0,4 Prozent gestiegen.

ZAHL DER STUDIERENDEN GESTIEGEN

Im Studienjahr 2024 haben mehr Menschen ein Studium an einer Hochschule in Deutschland begonnen. Insgesamt nahmen rund 491.400 Menschen erstmals ein Studium auf und damit 2 Prozent mehr als im Studienjahr 2023, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Der Anstieg geht demnach allein auf Studienanfängerinnen und -anfänger aus dem Ausland zurück. Im Sommersemester 2024 und im Wintersemester 2024/2025 sei der Anteil der Erstsemester ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Vorjahresvergleich um etwa 10 Prozent gestiegen, während die Zahl der deutschen Studienanfängerinnen und -anfänger um rund 1 Prozent zurückging. 2024 waren rund 30 Prozent aller Erstimmatrikulierten Ausländer. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil bei 22 Prozent.

PRÄMIE DES MONATS



April: LEGO-Box Classic

Die Start-Box von LEGO mit 484 Teilen in 35 Farben, darunter Fenster, Reifen und Felgen.
Alles in der großen, gelben Aufbewahrungskiste.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/prämie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

MENU 1
Standard

MENU 2
Vegan

MENU 3
Secondhand



MENSA 0.5

STUDIIEREN

AM LIMIT

KATJA HANKE
freie Journalistin

Steigende Mieten, wenig bezahlbarer Wohnraum, stark gestiegene Lebensmittelpreise, eine nicht ausreichende Studienfinanzierung – viele Studierende stehen massiv unter Druck. Wie ist die Lage, und was muss die neue Regierung tun?

Über 100 Anzeigen für bezahlbare WG-Zimmer hat Ariane durchforstet, unzählige Anfragen verschickt – doch keine einzige Besichtigung. „Die Wohnungslage in Münster ist absolut katastrophal“, sagt die 30-Jährige, die vor kurzem ihren Bachelor in Landschaftsökologie abgeschlossen hat. Gerade einmal fünf Antworten hat sie erhalten – alle verbunden mit der Erklärung, dass die Zimmer an Studierende vergeben würden, die sonst gar keine Unterkunft hätten. „Damit konnte ich leben“, sagt Ariane. „Immerhin hatte ich ja ein Dach über dem Kopf.“ Doch unter diesem Dach gibt es eine kaputte Heizung, feuchte Wände und Schimmel – und das für 411 Euro im Monat. Sie habe unbedingt ausziehen und keinen dritten

Winter ohne Heizung verbringen wollen. Doch die Suche blieb erfolglos. Viele Wohnungen im nordrhein-westfälischen Münster seien für sie unbezahlbar, sagt sie. „Hier gibt es viele reiche Studierende, die auch 700 Euro warm für ein 16-Quadratmeter-Zimmer zahlen.“ Ariane gehört nicht dazu, sondern zu dem Teil der Studierenden, für die es immer schwieriger wird, sich ein Studium überhaupt leisten zu können. Laut Statistischem Bundesamt verfügte 2023 die Hälfte der Studierenden über weniger als 867 Euro pro Monat.



Wenn wir auf die sozialen Grundbedürfnisse von Studierenden schauen, dann ist bezahlbarer Wohnraum die Top-Eins-Problematik.



JONATHAN DREUSCH,
„FREIER ZUSAMMENSCHLUSS VON
STUDENT*INNENSCHAFTEN“

Im Schnitt 489 Euro pro Monat kostet in Deutschland ein WG-Zimmer auf dem freien Wohnungsmarkt. Das ergab das „Hochschulstädtescoring 2024“ des Moses Mendels- >>>

Foto: IMAGO/Dreamstime



DAS BAFÖG SOLL FÜR MEHR BILDUNGSBETEILIGUNG EINKOMMENSCHWACHER BEVÖLKERUNGSSCHICHTEN SORGEN. DIESER AUFGABE WIRD DIE STAATLICHE STUDIENFÖRDERUNG DERZEIT NICHT GERECHT.

>>> sohn Instituts in Kooperation mit der Vermittlungsplattform wg-gesucht.de. Das Institut untersucht jedes Jahr die Wohnkosten in Hochschulstädten mit mindestens 5.000 Studierenden. Rund 90 Prozent aller Studentinnen und Studenten sind in diesen Städten eingeschrieben. Die Unterschiede sind teils beträchtlich: Der mittlere Preis für ein WG-Zimmer liegt zum Beispiel in München bei 790 und in Jena bei 328 Euro. Die 21-jährige Türkan studiert in Köln Geografie und Philosophie auf Lehramt und zahlt 450 Euro für ihr Zimmer. Allerdings muss sie dafür vom Umland nach Köln pendeln. „Das war meine Notlösung“, sagt sie. „Ich habe in Köln drei Monate gesucht und nichts gefunden.“ Die dörfliche Ruhe gefalle ihr zwar, „aber wenn man studiert, isoliert das schon sehr“. Keine spontanen Treffen mit anderen Studierenden und nur kurze Verabredungen am Abend. „Wenn man auf die Bahn angewiesen ist, muss man immer früher als die anderen weg“, sagt sie, „und hat die ganze Zeit Angst, dass die Bahn vielleicht nicht fährt.“ Sie probiere immer wieder, ein Zimmer in der Stadt zu finden, doch gebe jedes Mal frustriert auf: „Unter 600 oder 700 Euro findet man nichts Vernünftiges.“

„Wenn wir auf die sozialen Grundbedürfnisse von Studierenden schauen, dann ist bezahlbarer Wohnraum die Top-Eins-Problematik“, sagt Jonathan Dreusch, politischer Geschäftsführer beim studentischen Dachverband „freier zusammenschluss von student*innenschaften“ (fzs). „In immer mehr Hochschulstädten steigen die Mietpreise rapide an“, sagt er. „Gerade bei studentischem Wohnraum liegen die Quadratmeterpreise noch höher als sonst, weil er häufig neu vermietet wird.“ Außerdem würden WG-Zimmer oft teurer vermietet als vergleichbare ganze Wohnungen. „Günstige Wohnheimplätze fehlen an allen Ecken und Enden.“ Über 30.000 Studierende warten momentan auf einen Wohnheimplatz der Studierendenwerke, rund 11.000 allein in München. Insgesamt 195.000 Plätze gibt es deutschlandweit, im Schnitt kosten sie 305 Euro pro Monat. Doch nur 10 Prozent der Studierenden können von den günstigen Zimmern profitieren. „Es ist eine Riesenlücke entstanden“, sagt Matthias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Studierendenwerkes (DSW). „Seit 2007 sind die öffentlich finanzierten Studienplätze um 50 Prozent angestiegen, die öffentlich finanzierten Wohnheimplätze aber nur um 7 Prozent.“

Deshalb fordert das DSW mehr Unterstützung vom Bund. Erste Schritte macht seit 2023 das Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“. Der Bund finanziert damit jährlich mit 500 Millionen Euro die Sanierung und den Neubau von Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende. Allerdings nur bis 2026. Das DSW plädiert dafür, das Programm mit mehr Geld zu verstetigen. „Man braucht einen langen Atem, um die Lücke zu schließen“, so Anbuhl. 15.000 Plätze wurden in den letzten zwei Jahren mit Mitteln aus dem Programm bewilligt. „Es dauert eine Zeit, bis so etwas geplant ist und umgesetzt wird: Man muss ein Grundstück finden, dann gibt es eine Ausschreibung und so weiter.“ Um die hohen Mieten für Studierende etwas abzufedern, müsse außerdem die BAföG-Wohnkostenpauschale von gerade mal 380 Euro an die Realität angepasst werden, so Anbuhl. 75 Prozent der Studierenden, stellte das „Hochschulstädtescoring 2024“ fest, leben in einer Stadt, in der sie kein WG-Zimmer unterhalb dieser Pauschale finden.

**Die Entwicklung des BAföG
hinkt der Entwicklung der realen
Lebenshaltungskosten der
Studierenden weiterhin hinterher.**


Doch es ist nicht nur die Wohnkostenpauschale des BAföG, die den realen Lebenshaltungskosten hinterhinkt – trotz der letzten Erhöhung durch die Ampelkoalition. „In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden die Bedarfssätze und Freibeträge nicht automatisch an die Entwicklung der Preise und Einkommen angepasst“, sagt Anbuhl. Bei anderen staatlichen Leistungen wie den Renten oder dem Wohngeld seien regelmäßige Anpassungen aber Standard. „Die für den Elternunterhalt maßgebliche Düsseldorfer Tabelle gibt als Orientierungswert für junge Menschen in Ausbildung 990 Euro im Monat vor, das BAföG hinkt mit 885 Euro Förderung im Monat stark hinterher.“

Weiteres Problem: Lediglich etwas mehr als 12 Prozent der Studierenden erhielten 2023 BAföG. Statistiken zeigen aber, dass ein Drittel der Studierenden von Armut bedroht und eigentlich auf staatliche Studienförderung angewiesen ist. Der Grund dafür, so Anbuhl vom DSW, liege darin, dass die Freibeträge der Eltern nicht mit der Einkommensentwicklung erhöht worden seien. „Viele bekommen kein BAföG, obwohl die Eltern wenig Geld haben.“

Auch Dreusch hält die BAföG-Sätze für die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten für nicht ausreichend. >>>


Wer wir sind

www.wusgermany.de

 **World University Service (WUS)** ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitar-


beitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

 WUS unterstützt ausländische Studierende durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen**, durch **Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration**, sowie die

Förderung von Exilstudierenden, **Exilwissenschaftlerinnen** und **wissenschaftlern** und **Menschenrechtsverteidigerinnen** und **-verteidigern**.

Globales Lernen

 Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Stellen zu entwicklungspolitischer Bildung.

wicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren ent-

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.



Alle haben das Recht auf Bildung.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26 (1)



Mit uns gehst Du glücklich durch den Schultag.

Aktuelle Stellenangebote findest Du auf unserer Karriere-Homepage:



www.schulstiftung-ekbo.de/karriere

>>> „Die Wohnkostenpauschale muss ortsangepasst vergeben werden“, sagt er, „und generell brauchen wir eine monatliche Förderung zwischen 1.200 und 1.500 Euro.“ Wobei Personen in teuren Städten wie München den Höchstsatz bekommen müssten. Der fzs findet außerdem problematisch, dass das BAföG nach wie vor zur Hälfte als Darlehen ausgezahlt wird und nach dem Studium zurückgezahlt werden muss. Das schreckt diejenigen ab, die es am dringendsten bräuchten. „Gerade Leute aus armen Familien möchten keine Schulden aufnehmen“, so Dreusch. „Also beantragen sie die Unterstützung nicht oder studieren erst gar nicht.“ Der fzs plädiert daher für ein BAföG als Vollzuschuss. Ariane, die in Münster Landschaftsökologie studiert hat, weiß, wie schwierig es mit dem BAföG ist. Da sie erst spät mit dem Studium begann, beantragte sie elternunabhängiges BAföG. „Das war sehr aufwendig“, sagt sie und erinnert sich an unzählige Schreiben und Belege, die sie habe liefern müssen. „Danach hat es noch lange gedauert, bis das Geld kam. Zum Glück hatte ich einen kleinen Job und Gespartes.“ Trotz des Höchstsatzes habe sie dann dennoch zusätzlich einen Minijob gebraucht. „Und selbst damit war es finanziell oft eng.“ Die hohe Miete, Krankenkassen- und Semesterbeitrag, teure Lebensmittel. „Ich konnte keine Rücklagen bilden“, sagt sie. Mit Problemen wie diesen kämpfen immer mehr Studierende – vor allem diejenigen, die monatlich keine größere Summe von den Eltern bekommen.

Viele Studierende sind auf einen Nebenjob angewiesen.

Auch Lehramtsstudentin Türkan stammt aus einer solchen Familie. Sie ist in der glücklichen Lage, jetzt ein Stipendium zu bekommen, von dem sie ohne zusätzlichen Job leben kann. „Das gibt mir Sicherheit und nimmt mir die Sorge, wie ich Studium und Nebenjob zusammenkriege“, sagt sie. „Und ich habe auch nicht die Last, dass ich nach dem Studium den BAföG-Kredit abbezahlen muss.“ Doch wie das BAföG ist auch das Stipendium an die Regelstudienzeit gebunden. Das macht Türkan Druck, zum Beispiel wenn wichtige Seminare überfüllt und nicht ausreichend Plätze vorhanden sind. „Dann kann man das Seminar nicht belegen“, sagt sie.

Die finanzielle und soziale Lage vieler Studierender hat sich in letzter Zeit zugespitzt. Es besteht die Gefahr, dass bald noch weniger junge Menschen aus nicht wohlhabenden Familien studieren werden. Was genau

fordern Studierende und deren Interessenvertretungen? Was müsste sich schnell ändern? „Mehr und bessere Wohnheimplätze“, sagt Türkan, ohne zu zögern. Auch das DSW und der fzs fordern, das Thema Wohnen in den Vordergrund zu rücken. Neben dem Ausbau von „Junges Wohnen“ und einer höheren BAföG-Wohnkostenpauschale plädieren sie dafür, die Mietpreisbremse zu verlängern – für soziale Preise auf dem freien Markt. Dreusch vom fzs: „Wir brauchen sofort Maßnahmen, damit Wohnraum nicht nur nicht teurer wird, sondern in sehr kurzer Zeit wieder billiger.“

Ohne grundlegende BAföG-Reform wird sich die soziale Schieflage an den Hochschulen weiter verschärfen.

Das DSW und der fzs gehören einem Bündnis an, das Mitte Februar ein Eckpunktepapier für eine Reform des BAföG veröffentlicht hat, und in dem auch die GEW mitarbeitet. Darin fordern die Beteiligten, den Grundbedarf so zu erhöhen, dass es zum Leben reicht, eine höhere Wohnkostenpauschale, die Bedarfssätze und Freibeträge in Zukunft automatisch anzupassen und den Darlehensanteil zu reduzieren. „Die CDU hat in der letzten Legislatur häufig betont, dass das BAföG besser werden müsse“, sagt Dreusch. „Daran werden wir sie jetzt erinnern.“ Hinzu kommt der immense Sanierungstau an den Hochschulen (s. Seite 15 ff.). Auch dieser müsse schnell angegangen werden. „Der Bund muss sich wieder am Hochschulbau beteiligen“, sagt Anbuhl vom DSW. „Die Mensen und Cafeterien sind in einem schlechten Zustand. Das muss behoben werden.“ Die gesamte Hochschulfinanzierung müsse grundlegend überarbeitet werden, fordert Dreusch vom fzs. „Die Leute studieren teilweise unter erbärmlichen Bedingungen“, sagt er. Vor ihrem dritten Winter ohne Heizung zog Ariane zu ihrem Partner nach Bielefeld. „Das war eigentlich nicht mein Plan, weil ich wusste, dass es finanziell eine Katastrophe ist“, sagt sie. Zu dieser Zeit hatte sie ein Stipendium. Das wurde gekürzt und auch das Wohngeld fiel weg. Denn nun sollte ihr Partner zahlen. Zum Glück seien sie gut miteinander umgegangen und hätten die Zeit ihrer Abhängigkeit gut überstanden, sagt Ariane, die für diese Zeit noch einen Studienkredit aufgenommen hat – und jetzt nicht nur mit BAföG- sondern auch mit Kreditschulden ins Berufsleben startet. ■

Infos zum „Hochschulstädtescoring 2024“ und zum BAföG-Bündnis: gew.de/ew-4-25

Anzeige

Globale Schulpartnerschaften für eine gemeinsame Zukunft

„Schulpartnerschaften und das Engagement der Schüler*innen bereichern nicht nur die Teilnehmenden selbst, sondern schaffen nachhaltig einen unglaublichen Mehrwert für die gesamte Schule“, erklärt Tobias Rusteberg, Lehrer aus Osterode im Harz und langjähriger Partner des ENSA-Programms.

Seit 20 Jahren fördert das Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA) internationale Partnerschaften zwischen Schulen in Deutschland und Schulen in Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Südosteuropas. Die Schulpartnerschaften ermöglichen jungen Menschen, interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln, globale Zusammenhänge zu verstehen und aktiv an einer nachhaltigen Zukunft mitzuwirken.

ENSA unterstützt Schüler*innen und Lehrkräfte mit einer Förderung von bis zu 14.000 Euro und begleitet sie mit umfassenden Vorbereitungs- und Bildungsangeboten. Im Zentrum stehen die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die in Projekten zu Themen wie Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und Demokratieförderung praktisch umgesetzt werden.

20 Jahre ENSA: Ein Programm mit Wirkung

„Bei einem Schulaustausch mit ENSA lernt man so viel, wie in einem Jahr Schule“, sagt Ecki Kreye, Lehrer aus Bremen. Auch ehemalige Teilnehmerinnen wie Katja Peper bestätigen die tiefgehende Wirkung des Programms. „Dieser Austausch hat maßgeblich die Weichen für mein bis heute anhaltendes Engagement gelegt. Brasilien war eine andere Welt in jeder Hinsicht. Ich konnte über den Tellerrand meines Heimatortes schauen und die Neugier wurde entfacht, voneinander zu lernen und gemeinsam Gutes für

eine nachhaltige lebenswerte Zukunft zu schaffen“, erklärt die 25-jährige.

Maxine Gömann (19), ehemalige ENSA-Teilnehmerin eines Austauschs zwischen Deutschland und dem Senegal sagt: „Ich habe durch ENSA verstanden, dass wir alle die Welt beeinflussen können – egal, wo wir leben. Unsere Schulpartnerschaft hat mir gezeigt, wie wichtig gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit sind.“

Learn together. Act together.

Erfahren Sie mehr über das ENSA-Programm und entdecken Sie spannende Highlights aus Schulpartnerschaften von engagierten Schüler*innen und Lehrkräften.

Engagement Global gGmbH

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm

Lützowufer 6 • 10785 Berlin

Telefon: +49 30 254 82-3435

ensa-programm@engagement-global.de

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ist ein Angebot von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



DIE GEW SETZT SICH SEIT VIELEN JAHREN GEMEINSAM MIT ANDEREN INTERESSENVERTRETUNGEN GEGEN UNSACHGEMÄSSE BEFRISTUNGEN UND FÜR BERECHENBARE KARRIEREWEGE AN HOCHSCHULEN EIN.



ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT || 04/2025 || HOCHSCHULEN AM LIMIT

(K)EIN ENDE IN SICHT?

VERENA KERN
freie Journalistin

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind in den Hochschulen und in der Wissenschaft nach wie vor weit verbreitet.

Seit Ende Januar liegen neue Zahlen auf dem Tisch, wie es um die Arbeitssituation von Forschenden zwischen der Promotion und einer möglichen Professur bestellt ist. Der Bericht, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit 2008 einmal pro Wahlperi-



Foto: Kay Herschelmann

ode veröffentlicht, trägt nun einen neuen Namen. Statt „Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs“ (BuWiN) heißt er jetzt „Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase“ (BuWiK). Die Umbenennung kann man als eine kleine Verbesserung begreifen. Schließlich geht es um Forschende im Alter von bis zu 45 Jahren, die man schwerlich noch als Nachwuchs bezeichnen kann. Die Ergebnisse des neuen Berichts jedoch zeigen, dass sich an den Problemen fast nichts geändert hat. Der Anteil der Zeitverträge ist laut Bericht weiterhin extrem hoch. Bei Promovierenden beträgt er fast 100 Prozent, bei Promovierten 90 Prozent. Mit zunehmendem Alter sinkt die Befristungsquote

zwar, doch auch bei über 60-Jährigen liegt sie immer noch bei 26 Prozent. Insgesamt sind nur 8 Prozent der neuen Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft unbefristet. Nach der Promotion kehren deshalb viele der Hochschule den Rücken und wechseln in die Privatwirtschaft, wo über 70 Prozent eine unbefristete Beschäftigung finden, in den Ingenieurwissenschaften sogar 86 Prozent.

Frauen haben es in der Wissenschaft nach wie vor schwerer als Männer – auch wenn ihr Anteil bei Habilitationen und Erstberufungen im Vergleich zum vorherigen Bericht zugenommen hat. Um die Vereinbarkeit von Wissenschaftskarriere und Familie steht es weiterhin nicht gut. Kinderwünsche werden relativ spät oder gar nicht realisiert. Frauen, die trotz der unsicheren Situation und ungewisser Zukunftsperspektiven Kinder bekommen, zeigen die geringsten Zufriedenheitswerte.

Ampel-Koalition scheiterte mit Reformvorhaben

Von „Verbesserungspotenzial“ sprach die nach dem Ampel-Aus zuständige Parlamentarische Staatssekretärin Claudia Müller (Grüne), als sie im Januar den BuWiK vorstellte. Dasselbe Wort kam beim Vorgängerbericht vor vier Jahren auch von der damaligen Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU). Ihre Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) von 2020 änderte jedoch nichts am hohen Befristungsanteil und den unsicheren Karrierewegen in der Wissenschaft. Das zeigten drei Evaluationen. Die Ampel-Koalition arbeitete über viele Monate an einer Reform des Gesetzes, brachte diese aber nicht mehr durch das Parlament. Bei Fachleuten und Betroffenen war der Entwurf auf wenig Begeisterung gestoßen. „Die Novelle bietet keine wirkliche Perspektive für eine unbefristete Beschäftigung jenseits der Professur“, lautete etwa die Kritik von Anne Krüger und Roland Bloch, die zu Dauerstellenkonzepten an Universitäten forschen.

„Ich würde infrage stellen, inwieweit das eine strukturelle Reform war“, sagt Tim Skroblien vom Bundesausschuss der Studierenden in der GEW (BAGS). Die GEW hatte vergangenes Jahr gemeinsam mit weiteren Organisationen des „Bündnisses gegen Dauerbefristung in der Wissenschaft“ eine Überarbeitung des Ampel-Gesetzesentwurfs gefordert. Auch die neue Bundesregierung wird sich mit dem Thema beschäftigen müssen. Doch ob ein neuer Reformanlauf beim



>>> WissZeitVG tatsächlich die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen so verbessert, wie es erforderlich wäre, ist ungewiss. „Vielleicht müssen wir andere Lösungen suchen und neue Wege gehen“, sagt Skroblien. Er engagiert sich in der TVStud-Bewegung, die in der kommenden Tarifrunde der Länder ab Herbst 2025 etwas schaffen will, was bislang nur im Bundesland Berlin gelang: einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen zu erstreiten. Ende Februar – am Wochenende der Bundestagswahl – trafen sich rund 230 Aktive aus 50 Städten zur dritten bundesweiten TVStud-Konferenz in Göttingen, um gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di und GEW den Aufbau der nächsten bundesweiten Streikbewegung studentischer Beschäftigter zu starten.

Ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte könnte eine enorme Strahlkraft für den gesamten Hochschulbereich entfalten.

Das Motto der Konferenz „Keine halben Sachen“ spielt auf den Teilerfolg von 2023 an. In der Länder-Tarifrunde vor zwei Jahren konnten Bewegung und Gewerkschaften erstmals Verbesserungen der Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter durchsetzen. Eine schuldrechtliche Vereinbarung garantiert ihnen seither einen Mindeststundenlohn und eine Mindestvertragslaufzeit von zwölf Monaten. Zudem sagten die Länder zu, bei der nächsten Runde weiter zu verhandeln. Da aber anders als bei einem Tarifvertrag das Vereinbarte nicht individuell

einklagbar ist, halten sich viele Hochschulen nicht daran. Das will die TVStud-Bewegung ändern. „Wir arbeiten im öffentlichen Dienst“, betont Skroblien. Und kritisiert: „Dass ein Land es sich leistet, junge Leute so hängen zu lassen und von Anfang an so prekär zu beschäftigen, ist ein Armutszeugnis.“

Wie viele studentische Beschäftigte es an den Hochschulen gibt, ist nicht klar. Es gibt keine aussagekräftige Statistik. Nach Hochrechnungen sind es 300.000 Personen, möglicherweise auch 400.000, die quasi „übersehen“ werden. Die Tariflücke hat Folgen: niedrige Löhne, unbezahlte Überstunden, Unsicherheit, fehlende Mitbestimmung. Dabei sind die studentischen Beschäftigten eine tragende Säule des wissenschaftlichen Betriebs. Sie leiten Tutorien, beaufsichtigen Klausuren, werten Daten aus, führen Laborarbeiten aus und vieles mehr. Oft sind diese Jobs der erste Schritt in die wissenschaftliche Tätigkeit, das zeigt auch der BuWiK. Für diese Gruppe bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, könnte insofern für den gesamten Hochschulbereich eine enorme Strahlkraft entfalten. Ein wichtiges Signal kommt auch aus Hessen. Das Land trat vor 20 Jahren aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aus und verhandelt seitdem einen eigenen Tarifvertrag (TV-H). Die Einigung vom vergangenen Jahr sieht – in schuldrechtlicher Vereinbarung – eine Erhöhung der Stundenentgelte für studentische Beschäftigte auf 13,46 Euro und ab dem Sommersemester 2025 auf 14,20 Euro vor. Zudem sind mehr Dauerstellen für wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte vereinbart. Bis Ende 2025 soll es fast 400 neue unbefristete Vollzeitstellen aus Landesmitteln im Mittelbau geben, bis 2030 weitere gut 200. ■



Foto: Kay Herschelmann

AUCH DIE STUDENTISCHEN BESCHÄFTIGTEN KÄMPFEN SEIT LANGEM FÜR VERBESSERTE ARBEITSBEDINGUNGEN; DARÜBER HINAUS FORDERN SIE EINEN EIGENEN TARIFVERTRAG MIT FESTGELEGTE MINDESTENTGELTEN.



„30 JAHRE LANG WURDE NICHTS UNTERNOMMEN“

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Für notwendige Sanierungsaufgaben und neue Investitionen sind an den Hochschulen bundesweit nach Schätzungen rund 140 Milliarden Euro notwendig. Eine gewaltige Aufgabe. Die GEW fordert, den Bund in die Pflicht zu nehmen. Es gibt aber auch Lichtblicke: Die Hochschulen entwickeln Ideen, wie ihre Standorte ökologischer, sozialer und verkehrsgünstiger werden können.

Die Haupt-Mensa der Leibniz Universität Hannover (LUH) ist ordentlich in die Jahre gekommen: 1980er-Jahre-Architektur, viel Beton. „Bei Lüftung und Stromzufuhr ist jederzeit zu fürchten, dass sie ausfallen“,

erklärt Rüdiger Wolf, Baudezernent der LUH. Dennoch läuft der Betrieb weiter, kommen Studierende und Uni-Beschäftigte weiterhin zum Essen. Ein Ersatzbau der Produktionsküche werde erst jetzt geplant, sagt Wolf. „Wir hätten aber vor mindestens zehn Jahren mit dem Bau beginnen müssen.“

Die LUH, 26.000 Studierende, 85 Studiengänge, 5.300 Beschäftigte, nutzt etwa 160 Gebäude. Dazu gehören das „Welfenschloss“, der Campus Maschinenbau und der „Conti-Campus“, ein Hochhaus, dessen Fassade während der laufenden Bauarbeiten mit einem Netz abgedeckt ist. Auch Neubauten gibt es. Etwa die „Leibniz School of Education“, eröffnet 2023 für die Ausbildung von Lehrkräften. Ein Großteil der Gebäude hingegen stammt aus den 1960er- und -70er-Jahren. Professor Volker Epping, Präsident der LUH, schätzt: Den Sanierungsstau an seiner Hochschule zu beseitigen, koste „600 Millionen Euro aufwärts“. Beispiel, so Epping: „Im Bereich Ingenieurwesen haben wir Decken aus Spannbeton, die die Traglast nicht mehr halten.“ Da stünden schwere Maschinen als notwendige Lehr- und Forschungsinfrastruktur; es müssten sechs- bis siebenstellige Beträge in die Hand genommen werden, um die Decke zu stabilisieren oder – besser noch – zu erneuern. >>>



DIE GEBÄUDE DER UNIVERSITÄT HANNOVER SIND IN DIE JAHRE GEKOMMEN, DER SANIERUNGSBEDARF IST GROSS. DOCH DER UNI FEHLT DAS GELD, REPARATUREN MÜSSEN VERSCHOBEN WERDEN ODER KÖNNEN NUR NOTDÜRFTIG ERFOLGEN; FÜR ERSATZBAUTEN FEHLT DAS GELD.

Fotos: Michael Löwa

>>> Die Wissenschaftsministerinnen und -minister der Länder beziffern den bundesweiten Investitions- und Sanierungsstau bei den Hochschulen auf 140 Milliarden Euro. Seit 2007 ist der Hochschulbau allein Sache der Länder. Ausnahme: Forschungsbauten nach Artikel 91b des Grundgesetzes. Hier teilen sich Bund und Länder unter bestimmten Voraussetzungen die Kosten.

Negative Auswirkungen auf Forschung und Lehre

Auch an der Bergischen Universität Wuppertal (BUW) ist der Sanierungsbedarf groß. Vor allem am Campus Griffenberg, auf dem ein Großteil der Fakultäten untergebracht ist. Darauf verweist Volker Mittendorf, Vorsitzender des Personalrats für das wissenschaftliche Personal der BUW. Bei einzelnen Gebäudeteilen bestehe „das Risiko, dass sie evakuiert werden müssen“. Was zur Folge hätte, dass sie nicht mehr für Lehre oder Forschung zur Verfügung stünden. Zahlreiche Fenster befänden sich in schlechtem Zustand, berichtet Mittendorf. „Da wurde 30 Jahre lang nichts unternommen.“ Im Winter seien die

Heizkosten hoch. Beschäftigte und Studierende litten in den Räumen dennoch unter der Kälte.

Zurück nach Hannover. LUH-Präsident Epping erklärt: Das Land Niedersachsen zahle der LUH 4,6 Millionen Euro jährlich für den Bau-Unterhalt. „Das reicht nicht“, so Epping. Die Hochschule benötige mindestens 30 Millionen Euro pro Jahr. Das wirke sich mittlerweile auch negativ auf Forschung und Lehre aus. Die LUH habe mitunter Probleme, Professorinnen und Professoren anzuwerben. Etwa für Biologie: „Da waren die Labore marode, und wir konnten zwei Wissenschaftler nicht überzeugen, drei, vier oder fünf Jahre auf die Sanierung zu warten und in einer Bau-Ruine zu arbeiten.“ Die beiden Biologen hätten entschieden, an eine andere Universität zu gehen. Professor Epping fordert denn auch ein Landesprogramm mit mehrjähriger Laufzeit und einem Volumen von mehreren Milliarden Euro, um die Sanierung aller niedersächsischen Hochschulen zu ermöglichen. „Das wäre ein Signal.“

Auch die 66. Jahrestagung der Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands befasste sich mit der Gebäudemisere und zeigte, dass es durchaus

gute Initiativen zur Modernisierung der Hochschulen gibt. Im September 2024 diskutierten die Teilnehmenden in Weimar: Wie lassen sich Sanierung und Baumaßnahmen mit innovativen Konzepten verbinden, um auch ökologischen und sozialen Anforderungen zu genügen? Professor Tobias Hönig von der Universität Siegen berichtete: Die meisten Gebäude der Uni Siegen befinden sich auf einem Hügel am Rand der Stadt, „umgeben von vielen parkenden Autos“. Inzwischen wurden einige Hochschul-einrichtungen ins Stadtzentrum verlegt, gut erreichbar zu Fuß oder per ÖPNV. Dies sei auch „ein Schritt gegen den zunehmenden Verfall der urbanen Qualitäten der Innenstadt“, unterstrich Hönig. In der Innenstadt nutzt die Uni Siegen nun ein ehemaliges Kaufhaus, dort sind Hörsäle und Seminarräume untergebracht. Auch das Department Architektur hat inzwischen einen zentralen Standort, in einem umgebauten Druckerei-Gebäude.

Bundesländer sind mit den Kosten für die Sanierung der Hochschulen überfordert.

Alfred Funk, Kanzler der Uni Halle (Saale), regte auf der Tagung an, dass Hochschulen stärker als bisher in Kooperation mit Museen oder Bibliotheken Flächen nutzen und Interessen bündeln. Rolf Greve, Senatsdirektor für Wissenschaft der Hansestadt Hamburg, berichtete: Hamburg prüfe bei der Hochschulplanung auch „Nutzungsoptionen für die Stadtgesellschaft“. Wenn auch andere Ressorts profitierten, so Greve, „erleichtert es uns als Landesministerien, die Finanzierung für solche Hochschulbauten zu organisieren“. Die Teilnehmenden betonten, dass Hochschulen nicht nur der Lehre und Forschung dienen und wichtige Arbeitgeber seien. Sie prägten auch das Stadtbild. „Wir versuchen, die Stadtentwicklung mit der Hochschulentwicklung zusammenzubringen“, erklärte Claudia Meyer, Kanzlerin der Uni Kiel. Kein Zweifel: Attraktive, sozial und ökologisch ausgerichtete Hochschulgebäude schmücken eine Stadt. Die Hochschulen baulich auf Vorderrang zu bringen, überfordert jedoch die Bundesländer. Davon ist LUH-Präsident Epping überzeugt. Er betont: „Für die Sanierung der Hochschulen müssen wir den Bund ins Boot holen.“ Ähnlich sieht es Andreas Keller, Hochschul-experte und stellvertretender Vorsitzender der GEW: „Die nächste Bundesregierung muss den Weg für die Wiedereinführung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau freimachen.“ ■



Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim:
Die Schmerzklinik für Beamte

**Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198**

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim bietet Ihnen als privates Krankenhaus optimale Behandlungsbedingungen für die Behandlung chronischer Schmerzen:

- Hohe ärztliche und therapeutische Kompetenz – seit 40 Jahren
- Erfahrung in einem weiten Spektrum von chronischen Schmerzen
- Individuelle Therapieplanung mit schulmedizinischen und naturheilkundlichen Anteilen
- Wertschätzende Beratung auf Augenhöhe
- Unterbringung in modernen Einzelzimmern
- Beihilfefähig
- Unterstützung bei allen Formalitäten

Wir beraten Sie individuell und sind mit Herz & Kompetenz gerne für Sie da. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!



**Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim**
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie
und Schmerzpsychotherapie
Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44 · info@schmerzlinik.com

www.schmerzlinik.com



unicef
für jedes Kind

UNICEF-ANGEBOTE FÜR SCHULEN

LAUFEN FÜR DEN FRIEDEN
www.unicef.de/laufen

INT. TAG DER KINDERRECHTE
www.unicef.de/kinderrechtetag

KINDERRECHTE IM UNTERRICHT
www.unicef.de/unterricht





„WIR BRAUCHEN ÄNDERUNGEN IM SYSTEM“



Foto: Philipp Arnoldt Photography

PROF. GERALDINE RAUCH
IST MATHEMATIKERIN UND SEIT 2022 PRÄSIDENTIN DER TU BERLIN

INTERVIEW: JÜRGEN AMENDT
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Aneignung von geistigem Eigentum, Arbeitsüberlastung, Belästigungen, Demütigungen – die Liste der Vorwürfe gegen Hochschulmitarbeitende in Führungspositionen ist lang. Was aber sind die Ursachen, und wie können Hochschulen dem Machtmissbrauch entgegenwirken? Darüber sprach E&W mit der Präsidentin der Technischen Universität (TU) Berlin, Prof. Geraldine Rauch.

E&W: Wie äußert sich Machtmissbrauch an Hochschulen?

Prof. Geraldine Rauch: Während Diskriminierungen zwischen allen Hierarchieebenen vorkommen, geht Machtmissbrauch grundsätzlich von einer Person mit mehr Macht, also meist einer Führungskraft aus. An Hochschulen sind dies in der Regel Professorinnen oder Professoren. Man muss hier zunächst unterscheiden zwischen einem Fehlverhalten, das von einer Führungskraft tatsächlich intendiert ist, und einem Verhalten, das in der Struktur der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Führungskraft begründet ist. Die Spannweite von Machtmissbrauch ist groß: Sie reicht von beruflicher Benachteiligung bis hin zu

Mobbing. Auch kleinere, vermeintlich weniger wichtige Dinge können Ausdruck von Machtmissbrauch sein, etwa das Verweigern einer Mitautorenschaft in wissenschaftlichen Publikationen oder die Nichtgewährung einer Dienstreise.

E&W: Was sind die Ursachen?

Rauch: Das akademische System in Deutschland ist stark von hierarchischen Strukturen geprägt. In den Hochschulen gibt es verbeamtete Professorinnen und Professoren und meist befristet angestellte wissenschaftliche Mitarbeitende, die in hohem Maße von ihren Professorinnen und Professoren abhängig sind. Sie müssen zum Beispiel befürchten, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird, sie nicht mit auf Kongresse fahren dürfen oder von Publikationen ausgeschlossen werden. Das erzeugt einen hohen Anpassungsdruck und führt zu einem Klima, in dem sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht trauen, etwa auf die Einhaltung von Arbeitszeiten zu beharren oder Aufträge abzulehnen, die sie laut Arbeitsvertrag gar nicht übernehmen müssen. Dabei muss die Führungskraft mitunter eine Drohung nicht einmal explizit aussprechen, es genügt oft, wenn bestimmte Szenarien realistisch im Raum stehen.

E&W: Führungskräfte müssen manchmal unbequeme Entscheidungen zum Nachteil von Mitarbeitenden treffen. Wo verläuft die Grenze zum Missbrauch dieser Macht?

Rauch: Tatsächlich ist diese Grenze in der Praxis nicht immer leicht zu ziehen. Natürlich haben Vorgesetzte das Recht, die Qualität der Arbeit ihrer Mitarbeitenden zu bewerten, und es muss Führungskräften möglich sein, entsprechende Konsequenzen zu ziehen, die auch bedeuten können, dass ein Arbeitsvertrag nicht verlängert wird. Das Problem an den Hochschulen ist vielmehr, dass die Gefahr groß ist, dass die Machtposition der Führungskraft aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen systematisch missbraucht werden kann.

E&W: Was meinen Sie mit „strukturellen Rahmenbedingungen“?

Rauch: Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau ist hoch; Dauerstellen sind in diesem Bereich immer noch die Ausnahme. Das bildet einen Nährboden für Machtmissbrauch, denn der Entzug der Arbeitsstelle stellt eine reale Gefahr dar. Viele Professorinnen und Professoren sind sich dessen gar nicht

aktiv bewusst, weil sie es selbst in ihrer akademischen Karriere genauso erlebt haben und es für normal halten.

E&W: Inwieweit können die Personalvertretungen an den Hochschulen dem Machtmissbrauch entgegenwirken?

Rauch: Das funktioniert nur bedingt. Es gibt auch an den Hochschulen Anlaufstellen, an die sich Beschäftigte wenden können – von den Personalräten über Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Antidiskriminierungsbeauftragte bis hin zu Ombudsstellen für Promovierende. Das Problem ist, dass sich Betroffene zwar durchaus bei den Anlaufstellen melden, aber den Namen der Person, denen sie Machtmissbrauch oder übergreifendes Verhalten vorwerfen, nicht nennen wollen, da sie weitere Repressalien oder berufliche Nachteile befürchten. Das schränkt die Interventionsmöglichkeiten stark ein.

E&W: Was müsste sich ändern, um dem Machtmissbrauch an Hochschulen entgegenzuwirken?

Rauch: Zum einen braucht es Änderungen in der Struktur, etwa mehr Dauerstellen und längere Vertragslaufzeiten. An der TU Berlin haben wir uns auf eine deutliche Erhöhung des Anteils der Dauerstellen im akademischen Mittelbau geeinigt. Zweitens ist es notwendig, dass die Hochschulleitungen bei Fällen von Machtmissbrauch unverzüglich reagieren und Maßnahmen ergreifen, um ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Grundsätzlich aber sollte die Zuordnung der wissenschaftlichen Mitarbeitenden innerhalb der Fachbereiche überdacht werden. Derzeit überwiegt in Deutschland noch das Lehrstuhlprinzip, das heißt, wissenschaftliche Mitarbeitende sind direkt einem Professor oder einer Professorin als „Ausstattung“ zugeteilt. Einige Hochschulen haben aber bereits eine Department-Struktur etabliert, bei der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einer größeren Einheit zugeordnet sind. Eine solche Struktur ist deutlich weniger anfällig für Machtmissbrauch, weil es nicht mehr nur die eine Führungskraft gibt. Drittens braucht das Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit. An der TU Berlin haben wir 2024 erstmals eine international besuchte Tagung zum Thema Machtmissbrauch an Hochschulen organisiert. Nur wenn alle Akteurinnen und Akteure an den Hochschulen, aber auch in der Politik und den Gewerkschaften, sich der Problematik bewusst sind, kann sich wirklich etwas ändern. ■

Dokumentation der Tagung „Our UNiverse“ an der TU Berlin: gew.de/ew-4-25



Foto: Kay Herschelmann

ANDREAS KELLER

GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

KOMMENTAR

GUTE ARBEIT UND GUTES STUDIUM FÜR ALLE!

*Bildung und Wissenschaft müssen in der neuen Wahlperiode
ins Zentrum der Bundespolitik rücken!*

Den Bundestagswahlkampf dominierten Themen wie Migration oder innere Sicherheit – Bildung und Forschung spielten praktisch keine Rolle. Doch ohne ein leistungsfähiges Bildungs- und Wissenschaftssystem lassen sich weder die sozial-ökologische Transformation bewältigen noch der Fachkräftemangel beheben. Und nicht zuletzt ist gute Bildung für alle ein Faktor für mehr Chancengleichheit. Bildung und Wissenschaft müssen daher in der neuen Wahlperiode ins Zentrum der Bundespolitik rücken!

„Gute Arbeit und gutes Studium für alle!“ Unter diesem Motto stehen die Anforderungen an die Wissenschaftspolitik der nächsten Bundesregierung, welche die GEW vor der Wahl vorgelegt hat. Wir sind überzeugt: Gute Arbeit und gute Bildung sind zwei Seiten einer Medaille. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie die Weichen für eine nachhaltige und bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung stellt. Diese hält derzeit weder mit den Kostensteigerungen Schritt noch vermag sie den Investitions- und Sanierungstau an den Hochschulen aufzulösen,

den die Länder auf 140 Milliarden Euro beziffern. Das von Union und SPD geplante Sondervermögen Infrastruktur wäre ein wichtiger Schritt – wenn das Geld am Ende auch an Kitas, Schulen und Hochschulen ankommt.

Es fehlt aber nicht nur Geld, sondern es gibt eine Schiefelage in der Finanzierungsstruktur. Bund und Länder geizen nicht, immer mehr staatliche Drittmittel und Projektgelder ins System zu pumpen, gleichzeitig stagniert die Grundfinanzierung, mehr und mehr Finanzministerinnen und -minister setzen dort sogar den Rotstift an. Der Bund muss daher die überhitzte Projektfinanzierung zurückfahren und sich stärker in der Grundfinanzierung engagieren. Die umstrittene Exzellenzstrategie sollte in einen „Pakt für gute Arbeit in der Wissenschaft“ umgewandelt werden. Im Übrigen darf Forschungsfinanzierung niemals missbraucht werden, um die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. In der Fördergeldaffäre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2024 stand aber genau dieser Verdacht im Raum: dass die Vergabe von Fördergeldern von der politischen Willfährigkeit der Forschenden abhängig gemacht werden könnte. Das wäre genauso gefährlich, wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegen ihre Überzeugung zur Zusammenarbeit mit dem Militär und zur Rüstungsforschung zu zwingen. Die GEW unterstützt Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich in Zivilklauseln zu einer ausschließlich nichtmilitärischen Forschung verpflichten.



Ohne ein leistungsfähiges Bildungs- und Wissenschaftssystem lassen sich weder die sozial-ökologische Transformation bewältigen noch der Fachkräftemangel beheben.



Mehr Geld muss der Bund auch in die Hand nehmen, wenn er die seit Jahrzehnten verschleppte strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung endlich anpacken will. In seiner über 50-jährigen Geschichte hat das BAföG einen regelrechten Funktionsverlust erfahren. Gerade noch 12 Prozent aller Studierenden beziehen überhaupt Leistungen. Dabei lebt ein Drittel der Studierenden in prekären Verhältnissen, hat also weniger als 800 Euro im Monat zur Verfügung. Eine Folge: der hohe Anteil von Studienabbrecherinnen und -abbrechern (35 Prozent an Universitäten), der den Fachkräftemangel weiter anheizt.

Unsere langfristige Perspektive ist die Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung zu einem elternunabhängigen Studienhonorar. In einem ersten Schritt muss der BAföG-Bedarfssatz mindestens auf Bürgergeldniveau angehoben und anschließend regelmäßig und automatisch an Preissteigerungen und Einkommensentwicklung angepasst werden. Wie alle anderen Sozialleistungen ist endlich auch das BAföG als Zuschuss zu gewähren und nicht länger zur Hälfte als Darlehen, das nach dem Studium zurückgezahlt werden muss. Und weil die Weichen in Bildungsbiografien nicht erst mit dem Hochschulzugang, sondern bereits mit dem Übergang auf eine weiterführende Schule gestellt werden, sollte 40 Jahre nach dem Kahlschlag der Regierung Kohl endlich das Schülerinnen- und Schüler-BAföG wieder eingeführt werden.

Gutes Studium – gute Arbeit! Der Bund hat alle Hebel in Bewegung zu setzen, um für anständige Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu sorgen. Alle gut gemeinten Appelle an die Arbeitgeber haben nicht geholfen: Hochschulen und Forschungseinrichtungen nutzen das Sonderbefristungsrecht des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) aus, um ihre Beschäftigten mit Zeitverträgen mit kurzen Laufzeiten abzuspeisen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Promotion sind zu 100 Prozent, mit Promotion zu 90 Prozent, mit Habilitation immer noch zu 44 Prozent befristet beschäftigt. Das Hire-and-Fire-Prinzip unterminiert nicht nur die Qualität von Lehre und Forschung, sondern begünstigt auch Machtmissbrauch und sorgt mit dafür, dass Frauen häufiger als Männer aus der Wissenschaft aussteigen, statt aufzusteigen.

Wir brauchen daher eine radikale Reform des Befristungsrechts, das Dauerstellen für Daueraufgaben schafft, Mindeststandards für Zeitverträge setzt, verlässliche Karrierewege etabliert und allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gleiche Chancen gibt. Und der Bund muss bei Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die er mit milliardenschweren Programmen finanziert, darauf pochen, dass sie Tarifverträge abschließen und einhalten werden und mit Befristung verantwortungsbewusst umgehen.

Ob es gelingen kann, eine von Friedrich Merz (CDU) geführte Regierung im Sinne der GEW-Anforderungen zum Jagen zu tragen, ist offen – und hängt letztlich auch von uns ab. Schaffen wir es, im Bündnis mit anderen Gewerkschaften, Studierenden- und Wissenschaftsorganisationen ausreichend Druck außerhalb des Parlaments aufzubauen? Lasst uns das versuchen! ■

WISSEN, WIE ES GEHT!

KATHRIN HEDTKE
freie Journalistin

Der Rechtsruck sorgt bei der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik für heftigen Gegenwind. Eine GEW-Konferenz Anfang März in Göttingen betonte, worauf es jetzt besonders ankommt.

Ob es um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern geht oder um die Vielfalt der Geschlechter: Was lange als selbstverständlich galt, ist aktuell heftigen Angriffen ausgesetzt. Auf einer zweitägigen Tagung mit dem Titel „Feminismus – die Reise der GEW geht weiter“ in Göttingen ging es deshalb immer wieder um die Frage: Wie aus der Defensive kommen? „Eine gemeinsame Stimme ist nötiger denn je“, betonte Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik. Wichtig sei, sich stärker zu vernetzen und sichtbarer zu werden. „Wir müssen uns klarmachen, dass wir stark sind – und etwas verändern können.“ Die Konferenz zeigte auf, worauf es dabei ankommt: hartnäckig dranbleiben, Fachkompetenz nutzen und klare Botschaften vermitteln.



Alles, was wir für selbstverständlich hielten, gerät gerade ins Wanken.“



ELKE HANNACK,
STELLVERTRETENDE DGB-VORSITZENDE

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack berichtete, wie sie vor zehn Jahren voller Zuversicht auf Deutschland blickte: Vollständige Gleichberechtigung von Frauen und Männern – „so dachte ich damals“ – sei nur eine Frage der Zeit. Doch: „Alles, was wir für selbstverständlich hielten, gerät gerade ins Wanken.“ Mit 21 Prozent sei die AfD – eine als in Teilen gesichert rechtsextrem eingestufte Partei – im Bundestag vertreten. „Wichtig ist, dass wir uns nicht entmutigen lassen“, sagte die Gewerkschafterin. „Wir setzen einen klaren gleichstellungspolitischen Kompass entgegen.“ Solidarität – diese Botschaft gelte es, leicht verständlich zu vermitteln. Zum Beispiel, dass die Gleichstellung der Geschlechter zentral sei für die Zukunftsfähigkeit des Landes – „und das Ziel jeder Bundesregierung sein muss“. Auch sei vielen nicht bewusst, wie abhängig Frauen immer noch von Männern seien. So können 53 Prozent aller erwerbstätigen Frauen langfristig ihre Existenz nicht eigenständig sichern.

Die DGB-Vizevorsitzende verwies darauf, dass der Gender Pay Gap aktuell auf 16 Prozent gesunken ist. Neuen Berechnungen zufolge verdienen Frauen jedoch immer noch 4,10 Euro pro Stunde weniger als Männer. „Das ist eine Riesenungerechtigkeit, das müssen wir laut sagen“, betonte Hannack. Dass die Lücke kleiner werde, habe „mit uns und euch zu tun“. Grund seien gute Tarifabschlüsse in Berufen beziehungsweise Tätigkeiten mit einem hohen Anteil weiblicher Erwerbstätiger. Auch die Soziologin Svenja Pfahl betonte, dass es viele Handlungsmöglichkeiten gibt. „Wir können nicht sagen, dass wir nicht wissen, was wir tun sollen.“ Ein gutes Beispiel ist die vor zehn Jahren gestartete JA13-Kampagne der GEW. Grundschullehrkräfte und teilweise auch Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarstufe I wurden lange Zeit schlechter eingruppiert als Kolleginnen und Kollegen anderer Schulformen.

Heute weigern sich nur noch drei Bundesländer, diese Lehrkräfte nach A13 (Beamte) beziehungsweise E13 (Angestellte) zu bezahlen.

Fortsetzung auf Seite 27 >>>

ALTER DER VIELFALT



ANJA DILK
freie Journalistin

Verletzlich, schwach, homogen – nach wie vor sind die Bilder von älteren Menschen in der Gesellschaft meist negativ und pauschal. Zeit, die Diversität und Kraft des Alters in den Blick zu nehmen.

Carola Brauckmann geht regelmäßig zu den Treffen der „Grannies for Future“ in Köln, diskutiert, entwickelt Ideen für Aktionen. „Ich fühle mich wohl dort“, sagt die 70-Jährige. Eine offene, linke Gruppe. „Und doch fehlt etwas.“ Die meisten „Grannies“ haben Familie, Kinder, Enkel, oft ein über Jahre gewachsenes Netz von Kontakten im Kiez. Brauckmann und ihre Partnerin nicht. Doch in der LGBTIQ-Community, lange ihre politische Heimat, >>>

>>> fühlt sich Brauckmann auch nicht mehr 100 Prozent zu Hause, die queere Szene ist ihr oft zu jugenddominiert. „Für ältere Lesben gibt es kaum Orte, an denen wir Gemeinschaft mit Menschen leben können, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben und sich nicht mehr erklären wollen.“ Manchmal fragt sie sich: Wie wird unser Alltag wohl in 15 Jahren aussehen? „Menschen, die einst auf der Straße für ihre Rechte gekämpft haben, wollen moderne Alterseinrichtungen mit Raum für Vielfalt.“ Vor gut 20 Jahren schon hat Brauckmann daher am Kölner LGBTIQ-Beratungszentrum Rubicon ein Netzwerk für ältere Lesben und Schwule gegründet. Daraus sind Initiativen entstanden: Theatergruppen, Pride-Aktionen für Ältere, Frühstückstreffen. Darüber hinaus haben Brauckmann und Kolleginnen Gespräche in Alterseinrichtungen geführt: Schaut auf die Bedürfnisse der homosexuellen Alten, das ist eine coole, kraftvolle Generation. Auf Bundesebene sorgen sie mit dem Dachverband „Lesben gestalten Alter“ für Sichtbarkeit. Brauckmann: „Die Altersbilder sind differenzierter und diverser geworden.“



Obwohl die späte Lebensphase 25, 30 Jahre umfasst, sprechen wir von DEN Älteren – als wäre es eine soziale Kategorie.



EVA-MARIA KESSLER,
PSYCHOGERONTOLOGIN

Altersbilder ändern – ein mühsamer Weg. Über Jahrzehnte haben sich Stereotype im kollektiven Gedächtnis festgesetzt: Ältere, spätestens ab 65, gelten als verletzlich, defizitär. „Auch wenn die späte Lebensphase 25, 30 Jahre umfasst, sprechen wir von DEN Älteren, als ob es eine soziale Kategorie wäre“, so Eva-Maria Kessler, Professorin für Psychogerontologie an der Medical School Berlin. „Die Altersbilder haben sich in den vergangenen 100 Jahren kaum geändert, seit Corona sind sie sogar eher negativer geworden.“ Obwohl Menschen immer länger leben und immer gesünder alt werden.

Die Medien spiegeln dieses Bild wider. Zwar sind 22 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre, doch kommen sie kaum vor – und wenn, erscheint das Alter negativ, oft als Bedrohung, die individuell zu bekämpfen ist. Das zeigt

sich in Begriffen: „Alterslawine“, „Rentenlast“. Das zeigt sich in Bildern: Statt Individuen werden oft Ausschnitte gezeigt. Faltige Hände, Rollator schiebende Menschen von hinten, die traurig durch lange Gänge schlurfen. Punktuell positive Bilder kippen meist in eine karikierende Überzeichnung von hippen, super vitalen Alten. „Gutes Altern sollte nicht als ‚Nicht-Altern‘ dargestellt werden, sondern als Lebensphase mit eigenen Herausforderungen und Chancen“, fordert Kessler. „Wir brauchen ein Bild, das der Vielfalt der Lebenslagen gerecht wird.“

Der neunte Altersbericht des Bundesfamilienministeriums (2025) „Alt werden in Deutschland – Vielfalt und Ungleichheit der Teilhabechancen“ nimmt erstmals die Lage spezifischer Gruppen in den Blick: ältere Homosexuelle, aber auch Ältere mit Migrationsgeschichte. 2,5 Millionen von Letzteren sind heute älter als 65 Jahre. Sie stehen materiell deutlich schlechter da als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund, sind dreimal so oft armutsgefährdet. Studien zufolge machen viele von ihnen im Alltag „Rassismuserfahrungen, die nicht nur das individuelle Wohlbefinden, sondern auch die gesellschaftliche Integration“ gefährden, so der Bericht. „Geh zurück, wo du herkommst.“ Solche Sätze hört auch Safer Çinar manchmal. In den 1980er-Jahren war er als Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der GEW der erste Türke an der Spitze einer Gewerkschaft in Deutschland. „Das größte Problem für alte Menschen aus der Türkei, die oft in schlecht bezahlten Jobs gearbeitet haben, ist allerdings die ökonomische Lage“, betont Çinar. Zwar würden Ältere oft von ihren Familien versorgt, doch in den Städten könnten sich immer weniger Familien Wohnungen leisten, die groß genug sind, um ältere Angehörige aufzunehmen. In der Gesellschaft fehle es zudem an Vorstellungen: Welche Bedürfnisse haben alte Migrant*innen? Von religiösen Ritualen über Kultur bis zu Ernährung. „Zwar gibt es spezielle Wohnprojekte und Pflegedienste, aber noch nicht flächendeckend.“ Der 78-Jährige selbst wohnt allein, sein Engagement als einer von drei Sprechern im Türkischen Bund Berlin Brandenburg hält ihn fit, er ist eingebunden in ein Netz von Kontakten, seine Töchter unterstützen ihn im Alltag: „Ich habe Glück.“ „In der Fachdiskussion hat sich viel getan, in der Öffentlichkeit dominieren oft weiter negative Altersbilder: Ältere gelten als schwach, einsam, hilfsbedürftig“, sagt Jens-Peter Kruse, stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände (BAGSO). Entsprechend seien Menschen über 65 Jahre



Foto: Alice End

FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied,
verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

KOMMENTAR

GEMEINSAM FÜR ALLE GENERATIONEN

*Gewerkschaftliche Senior*innen-
politik ist mehr als Gesundheit, Pflege,
Alterssicherung.*

Seit mehr als 20 Jahren begleite ich die Arbeit des Bundessenior*innenausschusses (BSA) der GEW. Zum 30. Gewerkschaftstag der GEW im Mai verabschiedete ich mich aus dem Geschäftsführenden Vorstand und damit auch aus der Senior*innenpolitik der GEW. Das Thema Altersbilder ist ein schöner Bezugspunkt, um über die Arbeit im BSA nachzudenken. Ende der 1990er-Jahre traf

ich dort nur sehr wenige Frauen, und die Männer trugen Jackett oder beigefarbene Westen. Heute sind mehr Frauen als Männer aktiv – wie es ihrem Anteil in der GEW entspricht –, und die Kleidung ist farbiger geworden. Seit den frühen 2000er-Jahren schaut die GEW mit großer Aufmerksamkeit auf die wachsende Gruppe der Älteren. Warum sind sie einst Mitglied geworden? Was hält sie in der Organisation? Wie möchten sie Gewerkschaftsarbeit mitgestalten?

Es hat sich etwas getan für die Älteren in der Gewerkschaft. Richtig so. Gewerkschaften vertreten alle Generationen, egal ob in Ausbildung oder Beruf, in Elternzeit, Arbeitslosigkeit oder nach Abschluss der Berufstätigkeit. Gewerkschaftliche Senior*innenpolitik ist mehr als Gesundheit, Pflege, Alterssicherung. Es geht um Teilhabe an der Gesellschaft – vom Digitalpakt Alter über barrierefreie Möglichkeiten, Fahr- oder Theaterkarten zu kaufen, bis zu Senior*innenmitwirkungsgesetzen.

Auch in der GEW ist die Teilhabe gewachsen. Längst befasst sich der BSA mit Themen, die alle betreffen. Bildung in der digitalen Welt zum Beispiel oder Strategien gegen die verschiedensten Formen der Diskriminierung. Die Senior*innen haben den Generationendialog mit der Jungen GEW und den Studierenden belebt, sie beteiligen sich an der Organisationsentwicklung und signalisieren: Wenn Kolleg*innen, die GEW-Ehrenamt und Beruf unter einen Hut bringen, Unterstützung brauchen, sind wir da. Wir übernehmen Organisatorisches, reflektieren mit euch die Entwicklungen vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen, beraten euch, wo es gewünscht ist. Dieses Engagement Älterer ist ein Schatz für unsere Gewerkschaft.

Den wachsenden Stellenwert Älterer in der GEW zeigt nicht zuletzt der „Dialog“. Seit zwölf Jahren habe ich die Chance, mit der E&W-Redaktion zusammenzuarbeiten. Hier schauen wir aus dem engen Zirkel der Organisation heraus und nehmen eine breite Leser*innenschaft in den Blick: Was bewegt die Älteren? Welche Entwicklungen und Themen sind für sie relevant? Was können wir als Gewerkschaft dazu beitragen? Die Themen werden genauso journalistisch-professionell aufbereitet wie jeder Beitrag in der E&W. Damit zeigen wir: Senior*innenpolitik ist kein pflichtschuldiger Annex, sondern hat dieselbe Relevanz wie alle GEW-Themen und geht alle etwas an. Egal ob es um Altersbilder, den Sozialstaat oder mehr Teilhabe geht. Mir hat die Arbeit mit Senior*innen große Freude gemacht und meinen Horizont erweitert. ■

Fortsetzung von Seite 24 >>>

im Bundestag und in den Landtagen unterrepräsentiert, wenig gefragt in Parteien und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die sich lieber mit Jugendlichkeit schmücken wollten. „In einer jugendfixierten Gesellschaft ist es kein Wunder, dass niemand zu der Gruppe der Alten gehören will. Bieten wir eine Veranstaltung 60 plus an, kommen meist nur 80-Jährige“, sagt Kruse. „Aber wenn sich in einer älter werdenden Gesellschaft Alte nicht zu ihrem Alter bekennen, weist das auf ein gesellschaftliches Problem hin.“ Zur Überwindung negativer Altersbilder will die BAGSO mit Generationendialogen zu Themen wie Klimapolitik oder soziale Sicherheitssysteme den Austausch zwischen Altersgruppen fördern.

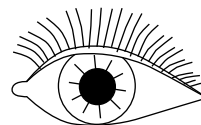
Ein solcher Austausch könne in der Tat Stereotype abbauen helfen, sagen Ute Wiesenäcker und Manfred Doetsch vom Bundessenioren*innenausschuss (BSA) der GEW. Das hätten Treffen zwischen BSA und Junger GEW gezeigt. 2022 startete der BSA zudem ein Organisationsentwicklungsprojekt: Was können Ältere zur GEW-Arbeit beitragen, wie können wir die Vielfalt des Alters abbilden? „Ältere möchten gemeinsam aktiv sein“, so Doetsch, „zum Beispiel auf Bildungsfahrten.“ Gerade weil sie mit Abstand und reichem Erfahrungsschatz auf Entwicklungen schauen, könnten sie zudem politische Themen vorantreiben, „ohne besserwisserisch zu sein und ein Wahlamt bekleiden zu müssen“, sagt Wiesenäcker. Zum Beispiel in Projekten zur Demokratiebildung. Die Altersbilder gehören auf den Prüfstand: „Wir wollen aktiver, vielfältiger und als Mitgestalter*innen auf Augenhöhe wahrgenommen werden.“ Dafür hat der BSA einen Antrag für den Gewerkschaftstag 2025 vorgelegt.

Damit sich die Bilder auch in einer breiten Öffentlichkeit ändern, hat Psychogerontologin Kessler einen Kommunikationsleitfaden für Medien entwickelt: Statt Ältere als gesichtslose Opfer zu präsentieren, sie als selbstbestimmte Akteur*innen darstellen; statt über Ältere zu reden, sie selbst zu Wort kommen lassen.

Und Ältere selbst? BAGSO-Vertreter Kruse schlägt vor: „Leistet Widerstand gegen Altersdiskriminierung.“ Widersprechen, wenn ein Arzt Altersbeschwerden „diagnostiziert“, ohne den Patienten untersucht zu haben; oder wenn die Bank altersbedingt den Kredit verweigert. „Ein 90-jähriger Jurist hat es gerade vorgemacht“, so Kruse. Als ihm die Bank die Kreditkarte entzog, obwohl der Kreditrahmen unterhalb seiner Pension lag, zog er vor Gericht. „Es gab ihm recht.“ Er bekam eine neue Kreditkarte. ■

Servicetipps zu den Themen Alter(n) und Altersbilder: gew.de/ew-4-25

LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



Eckard Rieke, 82, ehemaliger Gesamtschullehrer aus Berlin

Lust auf Zukunft? Natürlich. Aber ich bin 82, etwas ganz Neues anfangen, ist nicht mein Ding. Vor sieben Jahren bin ich in die SPD eingetreten, jetzt ist mir der Kampf gegen die AfD besonders wichtig. Ich beteilige mich an Diskussionsrunden, mache mit bei Demos, habe im zurückliegenden Bundestagswahlkampf am Stand im Wahlkreis mit angepackt: Rechtsextremismus, das darf nie wieder sein!

Bis heute begleitet mich meine Arbeit in Polen, die ich in den 1990ern mit meiner Frau aufgebaut hatte. Polnische und deutsche Schülerinnen und Schüler kümmern sich um die Wiederherstellung eines deutsch-jüdischen Friedhofs in Breslau. Solche Orte waren in Polen lange in Vergessenheit geraten. Einmal im Jahr haben wir uns auf die Suche nach alten Grabsteinen gemacht und den Friedhof gepflegt. Heute mache ich diese Reisen zwar nicht mehr mit, aber die Faszination für Polen ist geblieben – und mit ihr viele Freundschaften. Welch tolles, oft maßlos unterschätztes Land. Wrocław ist unsere zweite Heimat geworden.

Um das Land wirklich zu verstehen, möchte ich die Sprache können. Also nehme ich einmal die Woche Unterricht bei einer polnischen Lehrerin. Ich liebe diese indogermanische Sprache und entdecke immer Neues: Wie viele deutsche Wörter es im Polnischen gibt. „Dach“ zum Beispiel ist dasselbe Wort, ein Spiegel der Wanderungsbewegungen, die viele deutsche Handwerker nach Polen trug. So schön die Sprache ist, so schwer ist sie auch. Polnisch lernen nimmt deshalb viel Raum ein, wir bekommen im Kurs jede Menge Hausaufgaben.

Weitergeführt aus Schulzeiten habe ich auch die Arbeit in der Stolperstein AG Reinickendorf: Geschichten Verfolgter im Nationalsozialismus recherchieren, die Messinggedenksteine im Boden polieren. In letzter Zeit habe ich etwas weniger Energie dafür. Zumal ich mit Elan in das Projekt „Drei Enkel“ eingestiegen bin. Früher haben wir Berlin erkundet, waren schwimmen. Jetzt gebe ich den Staffelstab weiter: Meine Enkeltochter ist gerade ein Jahr bei Freunden in Australien zu Gast, die ich bei den Austauschfahrten mit der Schule kennengelernt hatte. Es ist herrlich, meine Verbindung zur Zukunft. ■

Impressum Dialog

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0
Vorsitzende: Maike Finnern; Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

>>> Fortsetzung von Seite 22



Foto: Babette Brandenburg

WIE KÖNNEN PROGRESSIVE KRÄFTE WIEDER AUS DER DEFENSIVE KOMMEN? AUF DIESE FRAGE SUCHTE EINE TAGUNG MIT DEM TITEL „FEMINISMUS – DIE REISE DER GEW GEHT WEITER“ ANTWORTEN.

Was zum Erfolg geführt hat? „Wir müssen den Leuten auf die Füße treten“, sagte die stellvertretende hessische GEW-Landesvorsitzende Heike Ackermann, „und dies immer wieder.“ Früher hätten sie einmal pro Jahr mit Luftballons vor Schulämtern protestiert – und gemerkt: „Das reicht nicht.“ Also gingen sie auf eine Reise durch Hessen, hielten jeden 13. eines Monats eine Veranstaltung in einer anderen Stadt ab, luden Presse und Politik ein. Nach einem Jahr waren sie am Ziel.

Pädagogik der Anerkennung und Geschlechtervielfalt fördern

Jetzt bietet sich erneut eine Chance, mehr Gerechtigkeit durchzusetzen: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie muss bis Sommer nächsten Jahres in deutsches Recht umgesetzt werden. Sie sei ein „großer Fan“ des Gesetzes, sagt die Rechtsprofessorin Isabell Hensel von der Universität Kassel, denn diese Richtlinie verpflichte dazu, alle Tätigkeiten einer Arbeitsbewertung zu unterziehen. „Damit

gibt es einen Hebel.“ Jetzt gelte es, darauf zu drängen, dass die Richtlinie „nicht kaputtgemacht“ werde. Ein großes Thema auf der Tagung war auch die Frage, wie mit Geschlechtervielfalt umgegangen wird. In Bayern, Sachsen und Hessen haben die Landesregierungen verboten, genderneutrale Sprache zu benutzen. Stellt sich die Frage: Worum geht es bei den Sternchenkämpfen eigentlich? Bis vor einigen Jahren, sagte die Professorin für Schulpädagogik an der Universität Trier, Sabine Klomfaß, habe es einen gesellschaftlichen Konsens gegeben, dass Vielfalt „eine coole Sache“ sei. Daraus folgte eine Pädagogik der Anerkennung, die darauf abzielte, dass alle Menschen freundlich miteinander umgehen und Ungleichheit abgebaut wird. Die Politologin Katharina Debus ermutigte Pädagoginnen dazu, die Werte hochzuhalten und selbstbewusst nach außen zu tragen, unter anderem in den Schulen. Studien zeigten, dass sich nach einem Jahr eine Wirkung zeige. Zum Abschluss sagte Gützkow von der GEW: „Letztlich geht es darum, dass jede Person so leben kann, wie sie möchte. Dafür kämpfen wir!“ ■



DAS INNOVATIVE PÄDAGOGISCHE KONZEPT DER KITA REGENBOGENLAND IM SÄCHSISCHEN RÖTHA HAT DIE JURY DES DEUTSCHEN KITA-PREISES ÜBERZEUGT.

HAUS DER CHANCENGLEICHHEIT

SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Die Kita Regenbogenland in Rötha wurde zur besten Kita Deutschlands 2024 gekürt. Es gibt keine festen Gruppen, aber tiefenentspannte Kinder, die sich in bunten Themenwelten bewegen – und ein Erzieherinnenteam mit vielen Ideen und Konzepten.

Dass ein Hort modernster Kindheitspädagogik ausgerechnet in Rötha zu finden ist, hätte bis vor kurzem wohl kaum jemand gedacht: eine beschauliche Garten-

stadt mit kaum 5.000 Einwohnern im Leipziger Südraum, näher gelegen am Braunkohletagebau als an der angesagten Großstadt. Doch die Kita Regenbogenland wurde zur Kita des Jahres gekürt – und das nicht ohne Grund. Aus mehr als 500 Einrichtungen bundesweit wurde die Kita ausgewählt und als eine von acht Finalisten zwei Tage lang von Expertinnen und Experten unter die Lupe genommen. Den Preis vergeben jedes Jahr das Bundesfamilienministerium und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) zusammen mit weiteren Partnern wie der GEW. Jetzt hängen im Treppenhaus in Rötha bunte Wimpel: „Deutscher Kita-Preis“. Erzieherin Diana Scheller, 37 und seit sechs Jahren dabei, führt durch die zahllosen Räume und langen Flure des zweigeschossigen Hauses, in dem die Kinder frei herum-

wuseln. Quirlig, bunt und lebendig geht es zu. Nur etwas hört man nicht: Schreien, Weinen, Wutausbrüche. Obwohl viele Türen offenstehen und Teams, Kinder sowie Besucherinnen und Besucher geschäftig umherlaufen, wirkt das Regenbogenland tiefenentspannt. Das hat viel damit zu tun, dass die Kinder weite Teile ihres Tagesablaufs selbst gestalten können. „Die Kinder sind selbstbewusst und haben keine Ängste“, sagt Scheller. „Wir begegnen ihnen auf Augenhöhe.“ Die pädagogischen Fachkräfte sehen sich eher als Begleitende in einer Erziehungspartnerschaft denn als Bestimmende in einer strengen Hierarchie. „Jedes Kind ist individuell und wird von uns als kompetenter Forscher angesehen“, heißt es im Leitbild.

Jedes Kind lernt in seinem Tempo – egal ob mit oder ohne Handicap.

Feste Gruppen mit festen Erzieherinnen und Erziehern gibt es nicht – stattdessen Themen- und Funktionsräume unterschiedlichster Ausstattung: Orte zum Basteln, Bauen und Bewegen, Forscher- und Familienzimmer und sogar einen Raum für Rollenspiele. Der Koch- und

Essbereich heißt Kinderrestaurant, die Küchenarbeitsplatten stehen auf Kinderhöhe und die Tische auf Rollen. Geburtstagskinder laden hierher ihre besten Freundinnen und Freunde ein. Im Foyer sehen sie auf großen Tafeln die Spiel- und Lernangebote und den Speiseplan des Tages, für den ein Caterer alles Nötige liefert. Daneben stehen Fotos aller Beschäftigten zum besseren Kennenlernen.

Die Erzieherinnen und Erzieher betreuen die verschiedenen Bereiche nach ihren persönlichen Neigungen und Vorlieben. „Ich bewege mich von Raum zu Raum“, sagt Scheller, die besonders das Aquarium und die Beete im Garten mag. „Statt 16 habe ich nun mehr als 100 Kinder – und ich find’s gut.“ Die Kita bietet Platz für rund 180 Kinder. 140 sind es derzeit durchschnittlich. Dazu gehört die benachbarte Krippe mit rund 20 Plätzen. Die Krippenkinder ziehen „fließend“ von den kleinen Nestgruppen mit enger Bindung zu der betreuenden Person in die Kita um. Sie bekommen Zeit, die neue Welt kennenzulernen, bis sie fit genug sind. „Sie wechseln“, sagt Scheller, „wenn sie soweit sind. Und sie bringen einen Freund oder eine Freundin mit.“ Außerdem hat das Haus acht Inklusionsplätze für Kinder mit unterschiedli-

>>>



IN DER KITA REGENBOGENLAND KÖNNEN DIE KINDER VIEL MITBESTIMMEN. „DIE KINDER SIND SELBSTBEWUSST UND HABEN KEINE ÄNGSTE“, SAGT ERZIEHERIN DIANA SCHELLER. „WIR BEGEGNEN IHNEN AUF AUGENHÖHE.“

DIE PÄDAGOGISCHEN FACHKRÄFTE IN DER KITA REGENBOGENLAND SIND MIT TABLETS AUSGESTATTET. SO HABEN SIE JEDERZEIT INFORMATIONEN ZU ALLEN KINDERN UND KÖNNEN ÜBER DIE KITA-APP FOTOS AN ELTERN SCHICKEN.



Foto: Sebastian Willnow

>>> chen Förderbedarfen. Für sie kommen Therapeutinnen und Therapeuten verschiedener Professionen ins Haus. Jedes Kind lernt in seinem Tempo – egal ob mit oder ohne Handicap.

Freiheit braucht klare Regeln

„Mit ihrem innovativen pädagogischen Konzept, den besonderen Inklusionsmaßnahmen und ihrer beeindruckenden kindorientierten Arbeit hat uns die Kita Regenbogenland überzeugt“, erzählt Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, die Jurymitglied des Kita-Preises ist. „Die Kinder erleben in ihrem Alltag, dass ihre Fragen, Ideen und Themen aufgegriffen werden und sie mit Neugierde ihre Welt entdecken können.“ Das Preisgeld von 25.000 Euro will

die Kita unter anderem für einen besseren Lärmschutz im Bauzimmer verwenden – und natürlich für neue Spielgeräte.

Für so viele Freiheiten braucht es klare Regeln: Mehr als 140 stehen im aktuellen Regelkatalog. Auch ein klarer Tagesablauf gehört dazu: Geöffnet ist von 6 bis 17 Uhr, von 7 bis 8.30 Uhr gibt es Frühstücksbuffet, dann freiwillige Morgenkreise und von 10.30 bis 11.30 Uhr Mittagessen. Von 12 bis 14 Uhr herrscht Mittagsruhe – geschlafen wird aber je nach Bedarf. „Die Kinder können auch weiterspielen oder sich im Snoezelenraum ausruhen“, erzählt Scheller. Einmal im Monat berät eine Kinderkonferenz, was gut läuft und was verbessert werden muss. Und wenn es Probleme gibt, tritt auf ein Alarmsignal hin das Kinderkrisenteam zusammen. Für die Größeren gibt es Vorschulangebote und Vorschulsport, zudem

besuchen sie mehrfach die Grundschule im Ort. „Die Lehrkräfte sind immer beeindruckt, wie selbstständig unsere Kinder sind“, erzählt Scheller.

Zum Team gehören 24 Fachkräfte mit unterschiedlichen Professionen, unter ihnen Kinderpflegerinnen und -pfleger, Pädagoginnen und Pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher. Leiterin Josephine Panzer hat Soziale Arbeit studiert und wie Erzieherin Scheller einen bewegten Weg hinter sich: Nach einer Ausbildung zur Arzthelferin studierte sie Erziehungswissenschaften und spezialisierte sich auf Kindheitspädagogik. Es ist genau diese Offenheit für neue Wege, die das Regenbogenland auszeichnet.

Manche Kritiker hatten die Einrichtung anfangs als „Chaos-Kita“ bezeichnet. Doch das Gegenteil sei der Fall, erklärt Scheller. Jedes Kind hat seine Bezugsperson, einen „Lieblingsmenschen“ aus dem Team. Doch deren Aufwand ist wesentlich größer. „Wir brauchen viel mehr Absprachen, damit jeder zu jeder Zeit auf dem Laufenden ist.“ Viele pädagogische Fachkräfte sieht man mit umgehängten Tablets durchs Haus laufen. So haben sie jederzeit Informationen zu allen Kindern und können über die Kita-App Fotos an Eltern schicken. Familien, die etwa wegen eines Migrationshintergrunds Hilfe brauchen, bekommen bei Anträgen oder Fragen zum Essensanbieter Unterstützung vom Kita-Team.

Ein festes Konzept hat die prämierte Kita bis heute nicht.

Die neue Offenheit hat erst vor einigen Jahren begonnen. 2015 löste Leiterin Panzer die frühere Chefin ab, 2017 folgte ihre erste Stellvertreterin Sandra Zimmerling, 2019 Scheller. Das junge Leitungsteam interessierte sich für innovative pädagogische Konzepte und testete in der Pandemie-Zeit neue Wege. Auch die Kita-App wurde in dieser Zeit eingerichtet. Viele Eltern waren zunächst verunsichert, es gab öffentliche Debatten bis in den Stadtrat und die Lokalpresse hinein. Mehr als die Hälfte des alten Kollegiums setzte sich ab. Für sie rückten neue Fachkräfte nach, die die offene Arbeit voll mittragen. Ein festes Konzept hat das Regenbogenland bis heute nicht – es hat viele. Jedes Jahr im September werden sie fortgeschrieben und an neue Entwicklungen, Wünsche und Bedürfnisse angepasst. „Es ist ein Prozess“, sagt Scheller. „Wir werden nie fertig.“ ■

Weitere Infos zur Kita und zum Deutschen Kita-Preis: gew.de/ew-4-25

GEMEINSAM

FÜR KINDER AUF DER GANZEN WELT – FÜRSORGE, DIE VERBINDET!



sos-kinderdoerfer.de



SOS
KINDERDÖRFER
WELTWEIT

„DIESE APP KANN LEBEN RETTEN!“



Krisen Kompass
DIE APP ZUR SUIZIDPRÄVENTION

Kostenloser Download unter [krisenkompass.app](https://www.krisenkompass.app)

Apple Google

NACHFRAGEN UND ECHTES INTERESSE ZEIGEN



*Eltern mit Migrationserfahrungen
begegnen der Schule häufig mit einem Vertrauensvorschuss.
Sie wollen, dass ihre Kinder gute Bildung erhalten.*



DITA VOGEL,
SENIOR RESEARCHER IM ARBEITSBEREICH INTERKULTURELLE BILDUNG
AN DER UNIVERSITÄT BREMEN

INTERVIEW: MICHAELA LUDWIG
freie Journalistin

Prof. Yasemin Karakaşoğlu und Dita Vogel haben die Probleme in der Kommunikation zwischen Schule und Eltern in der Migrationsgesellschaft, aber auch Beispiele guter Praxis untersucht. E&W sprach mit Dita Vogel über die wichtigsten Erkenntnisse.

E&W: Was sind die Voraussetzungen für eine gelingende Kommunikation zwischen Schule und Eltern?

Dita Vogel: Grundlegend ist eine offene Haltung gegenüber den Eltern. Es gilt: Nachfragen ist besser als Vermutungen aufzustellen aufgrund irgendwelcher Merkmale. Wenn Lehrkräfte echtes Interesse an den Kindern zeigen, dann stoßen sie bei Eltern in der Regel auf offene Ohren. Wichtig ist es zu zeigen, dass ihre Kinder fraglos zur Schule gehören und die Lehrkräfte sich um sie bemühen.

Auch deshalb sollte man sich möglichst früh gegenseitig kennenlernen und Gespräche nicht erst bei Problemen führen.

E&W: Wie ist die Perspektive der Eltern?

Vogel: Eltern mit Migrationserfahrungen begegnen der Schule häufig mit einem Vertrauensvorschuss. Sie wollen, dass ihre Kinder gute Bildung erhalten. Insbesondere neu Zugewanderte sind froh, wenn sie ihre Kinder an einem sicheren Bildungsort betreut wissen, um sich selbst um die vielen Dinge kümmern zu können, die sie hier zu bewältigen haben. Häufig wissen sie nicht, wie das deutsche Schulsystem funktioniert oder wie viel Engagement ihrerseits von der Schule erwartet wird. Darüber wünschen vor allem neu zugewanderte Eltern gut verständliche Informationen.

E&W: Was stört die Kommunikation zwischen Eltern und Schule?

Vogel: Der Aufbau einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft wird schwierig, wenn Eltern abwertenden Vorurteilen begegnen. Wenn sie beispielsweise im Deutschen nach Wörtern suchen oder einen bestimmten Akzent haben, wird oft angenommen, dass sie weniger gebildet sind. Dabei sagen Akzent und Sprachkenntnisse nichts über ihren Bildungshintergrund aus.

E&W: Wo sehen Sie darüber hinaus Probleme?

Vogel: Das hiesige Schulsystem ist noch weitestgehend auf Deutschsprachige ausgerichtet. Zum einen warten geflüchtete Kinder oft lange, bis sie Zugang zu schulischen Angeboten bekommen. Zum anderen werden auch gute Kenntnisse in Familiensprachen nicht so anerkannt wie Fremdsprachen.

E&W: Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen gehören für viele Eltern und ihre Kinder zum Alltag?

Vogel: Ja. Eltern sind besonders dann alarmiert, wenn ihr Kind ausgegrenzt oder abgewertet wird. Dann wollen sie sofort mit Lehrkräften reden. Die Schule braucht gute Beschwerdewege, die auch für die Eltern transparent sind. Dabei geht es nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen, sondern darum, dass die Erfahrungen ernst genommen werden und Menschen ihr Verhalten ändern können, damit die Schule wieder zu einem guten Ort wird. Das ist eine Aufgabe für die Schulentwicklung.

E&W: Beim Thema Mehrsprachigkeit hingegen ist in den vergangenen Jahren viel passiert.

Vogel: Ja. Mehrsprachigkeit wird heute in vielen Schulen symbolisch anerkannt, beispielsweise durch Willkommensgrüße in verschiedenen Sprachen. Auch die Kultusministerien fordern, dass Schulen sprach- und kultursensibel kommunizieren sollen. Die Nutzung einfacher Sprache, der Wechsel ins Englische als gemeinsame Sprache und die Nutzung moderner Übersetzungstools sind gute Möglichkeiten, die häufig erfolgreich genutzt werden.

E&W: Das aktuelle gesellschaftliche Klima ist geprägt durch starke Polarisierungen und extreme Stereotypisierungen. Wie wirkt sich das auf die Schule-Eltern-Kommunikation aus?

Vogel: Wenn die Polarisierung in der Gesellschaft zunimmt, gilt das auch für die Elternschaft und das Kollegium. Dadurch wird die Schule-Eltern-Kommunikation schwieriger, denn in der Schule muss trotz gegensätzlicher Positionen an einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft sowie an einer konstruktiven Schulkultur gearbeitet werden. In dem aktuell gegenüber dem Thema Migration gesellschaftspolitisch aufgeladenen Klima kommt dann auch der Gewerkschaft, die Lehrkräfte durch Beratung und Sachverstand unterstützt, eine wichtige Rolle zu. ■

Inklusive Schule-Eltern-Kommunikation in der Migrationsgesellschaft (isekim)

Das isekim-Forschungsprojekt identifiziert und analysiert Problematiken der Schule-Eltern-Kommunikation in der Migrationsgesellschaft und erarbeitet mit kooperierenden Sekundarschulen, deren Schulgemeinschaft in besonderem Maße durch Migration geprägt ist, Beispiele guter Praxis. In einem Blog finden Lehrkräfte, Schuladministration sowie Beratungskräfte Informationen und Anschauungsmaterialien wie zum Beispiel ein kurzes Erklärvideo zum deutschen Schulsystem oder ein einfaches Plakat zu transparenten Beschwerdewegen: gew.de/ew-4-25



LOHNENDE HERAUSFORDERUNG

KARLA GRASST*

Gymnasiallehrerin und freie Autorin

E&W-Autorin Karla Graßt, Lehrerin an einem Gymnasium, schreibt über ihre Erfahrungen mit einem autistischen Kind, das in ihre Klasse kommt.

Es ist große Pause und ich trinke schnell einen Kaffee in der Lehrerzimmerküche. Da entdeckt mich unser Orientierungsstufenleiter: „Gut, dass ich dich sehe, in deine neue 5. Klasse kommt noch ein besonderes Kind.“ Ich werde hellhörig. Besonders klingt vor allem nach besonders viel Arbeit, weil das Kind besonders begabt, aktiv oder „verhaltenskreativ“ ist. Was denn die besondere Eigenschaft dieses Kindes sei, möchte ich daher wissen. „Ben* hat eine starke Ausprägung der Autismus-Spektrum-Störung“, erklärt mir der Stufenleiter, „er hat Schwierigkeiten beim Kontakt mit seinen Mitmenschen, später Schreiben gelernt und tut sich schwer mit umfangreichen Arbeitsaufträgen. Gut strukturierte Vorgaben

helfen ihm, außerdem hat er einen Schulbegleiter, der ihn bereits seit Jahren im Unterricht unterstützt.“

Langsam verstehe ich, warum dieses Kind in meine Klasse kommen soll. Ich bin für meinen gut organisierten Unterricht bekannt, zudem sind meine beiden naturwissenschaftlichen Fächer per se strukturiert. Aus Sicht der Schulleitung ist klar: Der Junge passt zu mir. Aus meiner Sicht sind da vor allem großer Respekt vor dieser Aufgabe und viele Fragezeichen. Da hilft nur eins – schnelle Klärung. Also treffe ich mich bereits vor den Sommerferien mit Ben, seinen Eltern, seinem Schulbegleiter und die für unseren Kreis zuständige Beratungslehrkraft für autistische Kinder. Damit Ben bei uns an der Schule gut starten kann, möchte ich ihn und seine Bedürfnisse rechtzeitig kennenlernen. Viele Themen beschäftigen mich, angefangen mit „Wird Ben die Einschulung mit so vielen neuen Eindrücken gut meistern?“ bis hin zu „Wie benote ich ihn?“

Das erste Kennenlernen entspricht allen Klischees: Wir Erwachsenen begrüßen uns mit Handschlag und Augenkontakt, Ben dagegen schaut mich nicht einmal an. Meine Fragen an ihn beantwortet seine Mutter. Wie soll das nur im Unterricht funktionieren, überlege ich. Doch als ich wissen möchte, ob ich ihn im Unterricht

FÜR MENSCHEN IM AUTISMUS-SPEKTRUM IST DER ALLTAG EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG. SIE ERLEBEN IHRE UMWELT ALS CHAOTISCH, EMPFINDEN MANCHE REGELN ALS UNLOGISCH UND HALTEN KÖRPERKONTAKT UND LAUTE GERÄUSCHE OFT NUR SCHWER AUS.



„drannehmen“ dürfe, antwortet Ben plötzlich selbst: „Klar, warum nicht?“ Dabei grinst er mich etwas verschmitzt an, bevor er schnell wieder auf die Tischplatte schaut. Dennoch ist das genau der Moment, in dem ich merke: Der Junge ist cool.



Ich merke schon in den ersten Wochen, dass Ben am liebsten wie die anderen sein möchte. Das fällt ihm schwer und kostet ihn unheimlich viel Kraft.



Am Ende dieses Gesprächs erkenne ich, dass Ben schon zeigen wird, was er möchte und was nicht. Und als „Dolmetscher“ gibt es schließlich noch seinen Schulbegleiter. Für die Leistungsbeurteilung hilft uns die Beratungslehrkraft, einen passenden Nachteilsausgleich zu formulieren, der regelmäßig angepasst wird. Ben erhält beispielsweise in Klassenarbeiten mehr Zeit, er muss nicht in Gruppen agieren und die mündliche Mitarbeit, welche Ben schwerfällt, kann weniger Gewicht erhalten sowie durch Alternativen, etwa das Abgeben von Hausaufgaben, ergänzt werden.

Am Einschulungstag bin ich aufgeregter als sonst. Wie wird Ben auf die neue Umgebung reagieren? Was mache ich, wenn er plötzlich aus dem Klassenraum rennt,

weil ihm alles zu viel ist? Tatsächlich klappt alles und Ben geht gemeinsam mit den anderen Kindern auf die Aula-Bühne. Ich merke schon in den ersten Wochen, dass Ben am liebsten wie die anderen sein möchte. Das fällt ihm schwer und kostet ihn unheimlich viel Kraft. Ben bekommt Medikamente, sodass er vormittags konzentriert mitarbeiten kann, nachmittags entlädt sich die Anspannung oft in Form von Aggressionen gegenüber seiner Familie. Aber er stellt sich sowohl den Kennenlernspielen mit den vielen Interaktionen als auch den neuen Räumen, Abläufen und Unterrichtsinhalten. Ohne Bens Schulbegleiter wäre ich allerdings häufiger unsicher und könnte es nicht leisten, all seine Bedürfnisse zu erfüllen. Falls Ben eine Arbeit lieber allein in einem Raum schreiben möchte, ist sein Schulbegleiter an seiner Seite. Im Klassenraum sitzt er in seiner Nähe, aber nicht direkt neben ihm, damit Ben mit seinen Mitschülerinnen und Mitschülern in Kontakt kommt. Das klappt nicht immer, denn Bens Art kann auch verprellen. Wenn ihn zum Beispiel jemand fragt, warum er gestern nicht da war, lautet seine Antwort nicht „Ich war krank“, sondern „Das geht dich gar nichts an“. Der Umgang mit Ben ist für Mitschülerinnen, Mitschüler und Lehrkräfte besonders herausfordernd, genauso wie Schule für Ben eine besondere Herausforderung darstellt. Und ja: Besondere Kinder bedeuten mehr Arbeit und Zusatzengagement von uns Lehrkräften. Aber es lohnt sich, für Ben und für alle anderen Kinder. ■

*Diesen Artikel veröffentlichen wir unter Pseudonym, um die Autorin und den Schüler zu schützen.

IST UNSERE BILDUNGSPOLITIK VERNÜNFTIG?

GABRIELE HELLER

Grundschullehrerin und Fachseminarleiterin

Wird es mit dem von der künftigen Bundesregierung angekündigten umfangreichen Finanzpaket zu einer Wende in der Bildungsfinanzierung kommen? Ob vom Sondervermögen für Infrastruktur

genügend für den Bildungsbereich abgezweigt wird, sei unsicher, meint Gastautorin Gabriele Heller. Ohnehin könnten aus diesem Topf keine Personalkosten beglichen werden.

BILDUNG IST IN DEUTSCHLAND SEIT VIELEN JAHREN STRUKTURELL UNTERFINANZIERT. DIE GEW FORDERT, AUS DEM VON UNION UND SPD GEPLANTEN SONDERVERMÖGEN INFRASTRUKTUR DES BUNDES MINDESTENS 130 MILLIARDEN EURO DAFÜR EINZUSETZEN, DEN SANIERUNGSTAU IM BILDUNGSWESEN WIRKSAM ZU BEKÄMPFEN.



Seltsam, Deutschland, eine Wirtschaftsmacht ohne ein nennenswertes Vorkommen eigener Rohstoffe, bei gleichzeitigem Geburtenrückgang und einem zunehmenden Fachkräftemangel, an der Schwelle zur notwendigen Transformation ins fossilfreie Wirtschaften – dieses Land investiert weniger als die meisten anderen OECD-Staaten in die Bildung. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben lag 2023 mit 4,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) im unteren Durchschnittsbereich aller OECD-Staaten. Wie lässt sich das erklären?

These 1: Entscheidungen wurden aufgrund des Dogmas getroffen, weitere Staatsverschuldung strikt zu vermeiden. Koste (!) es, was es wolle. Die Einhaltung der Kreditobergrenze (sogenannte Schuldenbremse) wurde immer wieder mit der Rücksicht auf nachkommende Generationen begründet. Dabei könnte jeder in Bildung investierte Euro in späteren Jahren 12 Prozent Bildungsrendite erzielen, errechnete Tom Krebs, Professor für Volkswirtschaftslehre. Investitionen in Bildung würden laut dieser Untersuchung enorme Steigerungen der Staatseinnahmen und zugleich mehr Bildungsgerechtigkeit ermöglichen.

These 2: Bildungspolitik fußt auf Schätzungen der Schülerzahlentwicklung. Eine Studie der Kultusministerkonferenz (KMK) geht von einer Abnahme der Zahl der Schülerinnen und Schüler ab 2034 aus. Will man die Personalreserven tatsächlich jetzt schon niedrig halten, damit es ab 2034 nicht zu einem Überhang kommt? Was sind die Folgen einer fortdauernden personellen Minderausstattung? Kinder und Jugendliche, die pädagogisch vernachlässigt werden!



Aktuell gibt es circa 50.000 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss! Jährlich! Wie lässt sich ein friedliches Zusammenleben gestalten, wenn eine Gesellschaft so viele Chancenlose schafft?



Die Probleme bei der Umsetzung des Rechts auf Inklusion machen das exemplarisch deutlich. Wie soll eine einzelne Lehrkraft 25 Kinder und mehr unterrichten und zusätzlich zwei, drei oder vier Kinder, die einen eigenen Förderplan haben und individuelle Unterstützung brauchen? Die dafür vorgesehenen Integrationsstunden

sind von vornherein zu gering bemessen und finden zumeist nicht statt, da das Personal angesichts mangelnder Reserve zur Vertretung abgezogen wird. Was ist der Preis? Eine zunehmende Ablehnung des Inklusionsauftrags, frustrierte und überforderte Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, die auf der Strecke bleiben und häufig durch Disziplinprobleme auf sich aufmerksam machen. Aktuell gibt es circa 50.000 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss! Jährlich! Wie lässt sich ein friedliches Zusammenleben gestalten, wenn eine Gesellschaft so viele Chancenlose schafft? Um es klar zu sagen: Ursache für diese hohe Schulversager-Quote sind nicht die Inklusionskinder oder Kinder mit Migrationshintergrund, wie uns manche Spitzenpolitikerinnen und -politiker weismachen wollen. Solche Statements verkehren diametral Zusammenhänge und Verantwortung.

These 3: Braucht man gar nicht alle jungen Menschen als gut ausgebildete Fachkräfte? Geht die Politik etwa davon aus, dass künftig ein kleiner Anteil menschlicher Arbeitskraft reicht, weil technische Innovationen (zum Beispiel durch Künstliche Intelligenz – KI) auch viele anspruchsvolle Arbeitskräfte ersetzen werden? Und soll zugleich das Elend der Unqualifizierten zur allgemeinen Disziplinierung auf dem Arbeitsmarkt erziehen? Aber schon jetzt werden Fachkräfte händeringend gesucht. In vielen Sektoren gibt es bereits Engpässe. Die rückläufige Geburtenrate erzwingt eine möglichst gute Bildung und Ausbildung aller Nachwachsenden.

These 4: Bildungspolitik steht im Konflikt mit dem Zeithorizont einer Regierungsperiode. Denn Bildungsinvestitionen zahlen sich oft erst langfristig aus. Für Politikerinnen und Politiker, die sich auf Wahlzyklen ausrichten, ist das wenig attraktiv.

Ist Chancengleichheit der Maßstab, müssen wir ein zunehmendes Scheitern des Schulsystems konstatieren. Die sozialen Ungleichheiten verstärken sich, auch wenn rein rechtlich Gleichheit besteht. Liegt in der sozialen Selektion der eigentliche Kern gegenwärtiger Bildungspolitik? Aber selbst wenn Schule die Funktion der Zuteilung von Lebenschancen erfüllt, gibt es dabei nicht Spielraum? Für welche Art von Gesellschaft wird zugeteilt? Unsere Gleichung geht so: Höhere Bildung führt langfristig zu höherer Berufsqualifikation und dadurch zu mehr individuellem Einkommen und zu mehr Staatseinnahmen, aber auch zu mehr Innovation und mehr allgemeiner Produktivität. Bildung, die allen ermöglicht wird, ist nicht nur individuell bedeutsam, sondern stärkt uns als demokratische, zukunftsfähige Gesellschaft. ■



KINDERARBEIT IST IN MALAWI NICHT NUR AUF DEN TABAKPLANTAGEN WEIT VERBREITET, SONDERN AUCH IN DER FISCHEREI AM MALAWI-SEE.

Foto: Samuel Grumiau

„WUNDEN, DIE OFT NUR SCHWER HEILEN“

MARTINA HAHN
freie Journalistin

In manchen Regionen Afrikas ist es extrem schwer, Jungen und Mädchen aus der Kinderarbeit zu holen und in die Schule zu bringen. Das fair-childhood-Projekt in Malawi schafft es.

Lange vor Sonnenaufgang stehen sie auf, gehen zum Strand und schieben die schweren Holzboote ins dunkle Wasser des Malawi-Sees. Wenn die Jungs später die vollen Netze aus dem Wasser des drittgrößten Sees Afrikas ziehen und die zappelnden Fische für den Markt sortieren und räuchern, hat der Unterricht an der Schule im Dorf längst begonnen. Ohne sie.

Kinderarbeit ist in Malawi nicht nur auf Tabakfeldern weit verbreitet, sondern auch in den Fischereizonen des Landes. 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die jünger als 17 Jahre sind, müssen eine schwere oder gefährliche Arbeit verrichten, so die Bildungsgewerkschaft Teachers Union of Malawi, kurz TUM, ein Partner der GEW-Stiftung fair childhood. Viele der Jungen und Mädchen haben die Schule ohne Abschluss verlassen. Oder nie eine besucht.

TUM gelingt es bereits in zwei Zonen, in denen unter anderem Tabak angebaut wird, Kinderarbeit deutlich zu reduzieren. Seit einem Jahr gibt es ein weiteres Projekt in der Region Salima am Malawi-See. Es arbeitet mit Familien, die fast ausschließlich vom Fischfang leben. „Kein leichtes Projekt“, sagt Koordinator Pilirani Kama-liza. Zum einen, weil die überwiegend armen Familien auf die Mitarbeit vor allem ihrer Söhne angewiesen sind. Zum anderen: „Für die Menschen ist Fischerei ein Teil ihrer Tradition, sie sind stolz darauf, diese Fähigkeiten an ihre Söhne weiterzugeben – zumal viele die gemeinsame

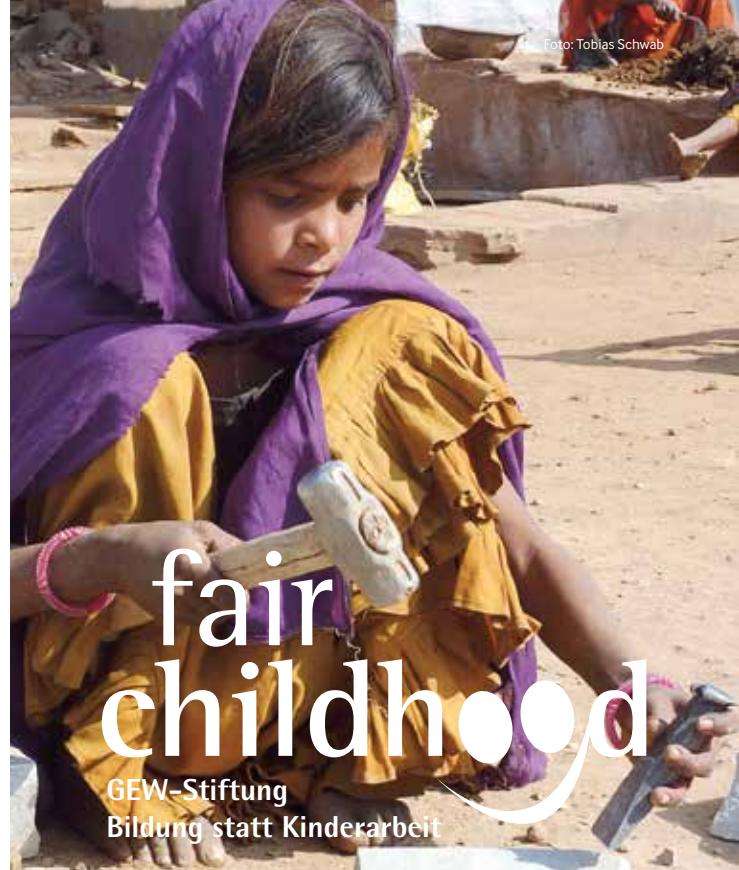
Arbeit auf dem Meer lieben.“ Was sie jedoch vergessen: „Kinderarbeit ist in Malawi verboten; sie verletzt die Rechte unserer Kinder.“ Und viele Kinder auch physisch: „Die spitzen Gräten verursachen Wunden, die oft nur schwer heilen“, sagt Kamaliza.

Immer mehr Menschen wissen, dass sie sich nicht nur auf die Fischerei verlassen können und Alternativen brauchen.

Um dies zu ändern, arbeitet TUM mit Dorf-Chiefs, Eltern, Besitzern von Fischfabriken, Lehrkräften. TUM klärt sie über die Rechte von Kindern auf und darüber, wie wichtig Bildung ist, um die Region zu entwickeln, auch wirtschaftlich. „Viele Fischer wissen das nicht – sie haben durch den Fang ja meist etwas zu essen oder zu tauschen.“ Aber sie bleiben in ihrer Armut gefangen. Auch deswegen, so Kamaliza, „sagen inzwischen viele Dorf-Chiefs: Wir können uns nicht nur auf die Fischerei verlassen, wir müssen weiterdenken“. Zumal der Wasserpegel des Malawi-Sees seit Jahren sinkt.

Die Bilanz des Projekts in Salima nach nur einem Jahr macht Mut. 367 ehemalige Kinderarbeiter – 190 Jungen und 177 Mädchen –, gehen nicht mehr arbeiten oder früh eine Ehe ein, sondern besuchen jetzt den Unterricht. Außerdem konnten die Lehrkräfte 574 weitere Kinder aus extrem armen Familien dazu bringen, die Schule nicht abzubrechen. „Es ist beeindruckend, wie unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort ihre Actionplans gegen Kinderarbeit verfolgen und was sie in dieser großen Not alles leisten, damit Schule attraktiv wird“, sagt Marlis Tepe. Die ehemalige GEW-Vorsitzende hat das Projekt im Dezember vergangenen Jahres besucht, sie sitzt im Vorstand von fair childhood. „Aber wenn sie viele Kinder aus Arbeit in die Schule holen, brauchen sie auch mehr Klassenräume und mehr Lehrkräfte. Dann müssen sie dafür noch Lobbyarbeit machen.“ Auch für mehr Mittel. Grundschullehrkräfte verdienen in Malawi im Monat umgerechnet 80 Euro.

„Wir bräuchten doppelt so viele Pädagogen“, sagt Kamaliza. Doch die Wege in die Dörfer sind weit, die Transportkosten hoch, der Liter Benzin kostet in Malawi 1,30 Euro, hat Tepe beobachtet. Wissen zu vermitteln, fällt schwer: Laut Gesetz darf eine Lehrkraft maximal 60 Kinder unterrichten. Sind es mehr, muss eine neue Klasse aufgemacht werden. Die Realität ist eine andere: Im Bezirk Salima liegt der Betreuungsschlüssel im Schnitt bei 1 zu 100. Und oft sogar weit darüber. ■



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 04/2025

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Die Wahlkommission informiert

WAHLVORSCHLÄGE FÜR DEN 30. ORDENTLICHEN GEWERKSCHAFTSTAG DER GEW

Auf dem 30. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW vom 20. bis 24. Mai 2025 werden die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands gemäß § 20 und die ständigen und stellvertretenden Mitglieder der Schiedskommission nach § 9 der GEW-Satzung gewählt.

Für den Geschäftsführenden Vorstand sind der Wahlkommission folgende Wahlvorschläge zugeschickt worden:

- Vorsitzende: **Maike Finnern**
- Arbeitsbereich Finanzen: **Nick Strauss**
- Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik: **Tina Breidenich** und **Jenny Huschke**
- Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik: **Annett Lindner**
- Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit: **Doreen Siebernik**
- Organisationsbereich Schule: **Anja Bensinger-Stolze**
- Organisationsbereich Hochschule und Forschung: **Andreas Keller**
- Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung: **Ralf Becker**
- Stellvertretende Vorsitzende: **Doreen Siebernik**

Alle Kandidat*innen haben gegenüber der Wahlkommission ihre Bereitschaft zur Kandidatur für den Geschäftsführenden Vorstand erklärt.

Für die Schiedskommission sind der Wahlkommission die folgenden Wahlvorschläge zugeschickt worden:

Wolfram Bundesmann, Kröppelshagen-Fahrendorf
Anke Burkhardt, Berlin
Anke Haake, Dresden
Ulrich Hinz, Neu-Anspach
Monika Sulzberger, Weil am Rhein

Auch die Kandidat*innen für die Wahl zur Bundesschiedskommission haben der Wahlkommission ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt.

Franzi Hense, Sprecherin der Wahlkommission
Thomas Hoffmann, stellvertretender Sprecher der Wahlkommission ■

Maike Finnern

kandidiert für den Vorsitz der GEW.



Foto: GEW

Ich heiße Maike Finnern, bin 56 Jahre alt und verheiratet. Es gibt kein einfaches Rezept, aber eines ist klar: Wir brauchen eine gute inklusive Bildung, um unsere Demokratie zu stärken,

Menschen zu stärken, ihnen Teilhabe zu ermöglichen und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit zu schaffen. Demokratie ist das Versprechen in die Bildung aller Bürger*innen. Zu guter Bildung gehören untrennbar gute Arbeitsbedingungen, das ist unsere gewerkschaftliche Botschaft. Eine gute Finanzierung von Bildung durch die öffentliche Hand ist ein Grundpfeiler sowohl für gute Arbeitsbedingungen als auch für mehr Chancengleichheit, ein Garant für Unabhängigkeit von Bildung. Demokratie beginnt mit Bildung.

Verteilungskämpfe spielen in der öffentlichen Debatte eine untergeordnete Rolle, dabei muss es unser Ziel bleiben, den Verteilungskampf Arm gegen Reich mit dem Ziel der Umverteilung zu führen. Wir erkämpfen gemeinsam möglichst gute Tarifabschlüsse, treten für eine gerechte Steuerpolitik und gute Bildungsfinanzierung ein. Die Durchsetzung dieser Ziele ist nur möglich mit einer starken GEW. Es muss uns gelingen, nachwachsende Generationen an die GEW zu binden, Mitglieder zu aktivieren sowie den Generationendialog zu stärken. Mein Ziel ist es, die GEW als Organisation weiter zu stärken.

Die GEW ist eine politische Gewerkschaft, unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Wir stehen auf: gegen Hass und Hetze, gegen Rassismus und Ausgrenzung, gegen jede Form von Diskriminierung.

Die internationale Arbeit ist hierbei ein wichtiger Baustein, um gewerkschaftliche Solidarität zu leben. Diese möchte ich als Vizepräsidentin von Education International fortsetzen. Es ist mir wichtig, dass wir in der GEW immer die Organisation sehen, die alle Beschäftigten im Bildungsbereich vertritt. Wir alle sind GEW. Seit 2021 darf ich die größte Bildungsgewerkschaft Deutschlands als Vorsitzende nach außen vertreten und in das Innere wirken. Das möchte ich sehr gerne weitere vier Jahre tun. ■

Jenny Huschke kandidiert für den Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik.

Foto: Uwe Zurchi



Ich bin Jenny, Sozialpädagogin, im Ostberlin der Wende groß geworden und heute mit meiner Family in Kassel zu Hause. Ich kandidiere, um mit Power und Expertise feministische Arbeit

zu stärken. Gleichstellungspolitik ist eine Schnecke. Ich treibe sie seit Jahren an. Und sie mich. Am 8. März 2025 hieß es „Machen, was nötig ist. Gleichstellung jetzt!“. Entgeltlücke, Teilzeitfalle, Care-Arbeit, die so ungleich verteilt ist wie Frauen in Leitungspositionen in Kita, Schule, Uni unterrepräsentiert sind. Klare Kante gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit. Meine Vision: Stereotype und Strukturen aufbrechen; Entgeltgleichheit für gleichwertige Arbeit; viele Wege für Frauen in Leitungspositionen; Sorgearbeit und Pflege teilen. Und Schutz vor Gewalt.

Feministische Arbeitszeitpolitik heißt Arbeitszeiterfassung, auch für Lehrkräfte, Entlastung, Zeitsouveränität. Investitionen in Bildung, in Kitas, Schulen und deren Fachkräfte sind geboten. Ein guter Ganzttag wäre ein Meilenstein für eine gute Vereinbarkeit von Job und Familie. Und es wäre eine Aufwertung der Arbeit, die dort vor allem Frauen leisten.

Wir sind als GEW auf einem guten Kurs, um die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten rechtlich gleichzustellen und zu leben. So eröffnen sich Räume für jede*n, teilzuhaben und (Geschlechter) Stereotype mit intersektionaler Perspektive zu reflektieren. Hier sehe ich auch die an Teilhabe und positiven Bildern des Alters orientierte Arbeit unserer Senior*innen verortet.

Ihr bekommt mit mir eine engagierte und streitbare Kollegin; eine mit Herz. Ich arbeite team- und lösungsorientiert an gemeinsamen Zielen. Mein aktuelles politisches Wahlmandat im DGB gehe ich seit 2018 mit einer Haltung an, die verbindet, und ich trage dabei Verantwortung für ehren- wie hauptamtliche Kolleg*innen. ■

Wollt ihr mehr wissen? Gerne:



Tina Breidenich kandidiert für den Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik.

Foto: Alena Nelipa Fotografie



Demokratie braucht Gleichstellung! Der Einsatz für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Teilhabe ist daher gemeinsame Verantwortung. Diese Verantwortung trage ich als Sprach- und Politiklehrkraft an einer

Gesamtschule, im Hochschuldienst sowie im Hauptpersonalrat mit Leidenschaft. Der Einsatz für Chancengleichheit motiviert mich sowohl beruflich als auch ehrenamtlich (s. QR-Code). Ich bin in der GEW von der Kreis- bis zur Bundesebene aktiv, bin Gründungs- und Leitungsteammitglied des Bundesausschusses Queer und vertrete diesen in bundesweiten Gremien sowie international. Als Mitglied des Bundesfrauenausschusses fördere ich die Kooperation beider Ausschüsse. Demokratie braucht Solidarität! Mir ist wichtig, Ziele mit Blick auf ihre Wechselwirkungen aus Klasse, Alter, Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Migrationserfahrung, Behinderung, chronischen Erkrankungen etc. anzugehen. Jeweilige Bedarfe können so bei arbeitsrechtlichen, bildungspolitischen und pädagogischen Forderungen anerkannt und Einendes betont werden. Diese intersektionale Herangehensweise ließ mich, eingebunden in ein starkes inner- und außergewerkschaftliches Netzwerk, schon einige politische und gewerkschaftliche Erfolge erringen. Demokratie braucht Partizipation! Ich stehe ein für starke Selbstvertretungsgremien, gerechte Ressourcenverteilung und inhaltliche Ehrenamtsarbeit, die bis in die Praxis wirkt. Dazu müssen wir präventive Bildung fördern, Aktive vor Repression schützen sowie inklusive, diskriminierungskritische und empowernde GEW-Strukturen schaffen, die zum Mitmachen einladen. Demokratie braucht Bildung! Der Arbeitsbereich, den ich verantwortlich vertreten möchte, vereint in seinen drei Ausschüssen Gewerkschafter*innen aller Bildungsbereiche. Durch meine vielseitigen Perspektiven und Berufserfahrungen erlebe und sehe ich offene Gleichstellungsfragen zu befristeter Beschäftigung, Qualität in Ganzttag und frühkindlicher Bildung, Studium und Lehrkräftebildung, Digitalisierung, Tarif- und Beamt*innenpolitik sowie zu verschiedenen Lebensphasen und Arbeitszeiten. Hierfür will ich mich für und mit Euch in den Landesverbänden und Bundesgremien engagieren. ■



>>> **Nick Strauss**
kandidiert für den Arbeitsbereich
Finanzen.

Foto: Susanne Carstensen



Ich bin 57 Jahre alt und wohne seit 2006 in Bremerhaven. Als Lehramtsstudent trat ich in die Australian Education Union ein. In London (UK) habe ich in Gesamt- und Sonderschulen, in Deutschland

in einer gebundenen Ganztagschule sowie an einer Berufsschule gearbeitet. In Bremen war ich von 2013 bis 2021 Landesschatzmeister.

Seit 2021 bin ich für die Finanzen auf Bundesebene zuständig und habe stets nach gemeinsamen Lösungen gesucht, die niemanden zurücklassen. In meiner Amtszeit haben wir die Beiträge durch eine spürbare Absenkung der Mindestbeiträge fairer gestaltet. Als GEW haben wir Extramittel für Mitgliederwerbung und Organisationsentwicklung mobilisiert. Aktive Mitglieder mit Sorgeverantwortung, zum Beispiel für Kinder, werden nun besser unterstützt. Als Gewerkschaft haben wir unseren Internationalismus durch die Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit von der Ukraine bis Nord-Ost-Syrien sowie durch eine verbesserte Unterstützung der Bildungsinternationale unterstrichen. Unsere Stärke sehe ich in einer kraftvollen und unabhängigen Basis. Wir wachsen besonders durch Tarifikämpfe! Deswegen ist es wichtig, die Streikkasse der GEW kampfbereit zu halten. Die geplante leichte Reduzierung der Kampffondszuführung, die auf dem Gewerkschaftstag zur Abstimmung steht, stellt die Stärke des Kampffonds nicht in Frage.

In den vergangenen vier Jahren haben wir die ökologischen und sozialen Kriterien für unsere Investitionen (zum Beispiel für den Kampffonds) deutlich verstärkt. 2021 bin ich mit dem Anspruch angetreten: „Wenn wir in Bewegung bleiben wollen, brauchen wir Verantwortliche in den Finanzen, die Ressourcen sicherstellen und klare, auch unbequeme Fragen stellen. Neue politische Anregungen der GEW brauchen sowohl Unterstützung als auch Kritik. Beschlüsse wirksam zu implementieren – das ist meine Stärke. Das ist, was ich als Bundesschatzmeister bieten kann.“

2025 freue ich mich, dieses Angebot erneut machen zu dürfen. ■

Annett Lindner
kandidiert für den Arbeitsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik.

Foto: GEW



Aufgewachsen zu DDR-Zeiten in einer Lehrer*innenfamilie ließ ich mich nicht davon abschrecken und steuerte geradlinig eine ähnliche Berufslaufbahn an. Ab 1987 unterrichtete ich daher an der

Beruflichen Schule mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung der Stadt Neubrandenburg.

Ich bin Zeitzeugin der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und seitdem in der GEW engagiert, insbesondere auch im Kampf um die Angleichung Ost an West – was leider heutzutage immer noch ein aktuelles Thema ist. Nach der Wende wurde die GEW zu meiner politischen Heimat.

In meinen verschiedenen Tätigkeiten und Funktionen in der GEW – angefangen von der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit über den Vorsitz des GEW-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern bis hin zum Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenrecht seit dem 1. Juli 2024 – konnte ich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Tarifverhandlungen mitwirken und Kolleg*innen in arbeitsrechtlichen Fragen unterstützen. Hierbei habe ich gelernt, in schwierigen Situationen die Ruhe zu bewahren und den Blick auf das Wesentliche zu richten.

Die Tarif- und Beamtenpolitik in der GEW ist ein zentraler Bereich, der direkte Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die berufliche Zukunft vieler Menschen hat. Die Weiterentwicklung gerechter tariflicher Regelungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten im Bildungswesen in jeder Berufsphase liegen mir besonders am Herzen. Ich setze mich dafür ein, dass Tarifbeschäftigte und Beamt*innen gleichermaßen von einer starken gewerkschaftlichen Vertretung profitieren. Dabei ist es mir wichtig, die Verbindung zwischen der GEW und ihren Mitgliedern zu stärken, um ihre Anliegen noch direkter in unsere Arbeit einzubringen, zum Beispiel indem wir Gremiensitzungen beteiligungsorientierter gestalten.

Ich würde mich sehr freuen, das Vertrauen der Mitglieder zu gewinnen und gemeinsam mit Euch die GEW weiter voranzubringen. ■

Doreen Siebernik

kandidiert für den Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie als stellvertretende Vorsitzende.

Foto: GEW



Die Interessen der sozialpädagogischen Fachkräfte in und außerhalb der GEW zu vertreten, ihnen eine starke Stimme und ein Gesicht zu geben: Das ist und bleibt mein erklärtes Ziel. So gilt es die Kita

als erste Bildungseinrichtung zu stärken. Dazu gehört, dass wir in unserem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für Entlastungen für die Kolleg*innen und für ein echtes Bundes-Kita-Qualitätsgesetz nicht nachlassen. Ich rücke keinen Zentimeter davon ab, wenn es um hohe Standards und um eine hohe Fachlichkeit in der Ausbildung geht. Wir brauchen keine Schmalspurausbildungen für die Fachkräfte von morgen. Das gilt auch für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder ab dem 1. August 2026. Er bietet eine echte Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten. Nur gemeinsam entwickeln wir Schulen zu kindgerechten und ganztägigen Lern- und Lebensorten. Dafür braucht es Zeit, Ressourcen und eine starke Kinder-, Jugendhilfe- und Sozialarbeit. Auch ist unser Engagement in der Schulsozialarbeit, in der sozialen Arbeit und in den Hilfen zur Erziehung gefordert. In den letzten vier Jahren haben wir uns gemeinsame Positionen erarbeitet, starke Bündnisse gefestigt und neue Netzwerke geknüpft. Viele unserer Themen haben wir in den politischen Raum getragen. Ich möchte meine begonnene Arbeit fortsetzen. Meine Energie und mein Gestaltungswille sind nach wie vor groß. Ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen, und ehrenamtliche Beteiligungsmöglichkeiten sind mir wichtig. Ihr bekommt mit mir eine Kollegin, die vielfältige berufliche und ehrenamtliche Erfahrungen mitbringt.

Fast 20 Jahre war ich als Erzieherin, als Inklusionspädagogin, als leitende Fachkraft sowie als Fortbildnerin tätig. Ich war Personalrätin und Frauenvertreterin. Von 2011 bis 2021 war ich Landesvorsitzende der GEW Berlin. Insofern ist mein Rucksack voller spannender Erfahrungen. Ich bin Gewerkschafterin und Feministin aus ganzem Herzen. Für meine Kandidatur werbe ich hiermit um Eure Unterstützung. ■

Anja Bensinger-Stolze

kandidiert für den Organisationsbereich Schule.

Foto: GEW



Ich blicke auf eine spannende Amtszeit zurück und freue mich darauf, den weiteren Weg der GEW mitzugestalten. Die auf unserem anstehenden Gewerkschaftstag neu zu beschließenden schulpolitischen Positi-

onen sind für mich dabei gute Leitplanken. In den letzten vier Jahren ist es uns gelungen, in mehreren Konferenzen bundesweit weit über 300 Kolleg*innen an der Diskussion über die künftige GEW-Schulpolitik zu beteiligen. Wir lassen nicht von einer umfassenden Allgemeinbildung ab und wehren uns, wenn versucht wird, Bildung und Schule einer ökonomischen Verwertbarkeit zu unterwerfen. Wir wollen Zukunftsthemen wie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) voranbringen und Digitalisierung im Bildungsbereich kritisch, professionell und gewerkschaftlich mitgestalten. Für die GEW bleibt die Zielperspektive ein inklusives Schulsystem und ein gemeinsames Lernen in „Eine(r) Schule für Alle“, in welcher Demokratie großgeschrieben wird. Dabei gilt für mich: Gute Bildung und gute Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille und gehören gleichermaßen zur Qualität von Schule. Dafür arbeite und kämpfe ich gerne auch in den nächsten vier Jahren mit Euch gemeinsam.

Das Thema „Bildung in der digitalen Welt“, das ich mit meinem Vorstandskollegen Ralf Becker (Berufliche Bildung und Weiterbildung) bearbeite, ist mir ans Herz gewachsen. Gemeinsam mit Vertreter*innen der Landesverbände und GEW-Bundesausschüsse konnten wir hier wichtige Akzente setzen. Mein Motto lautet: „Pädagogik first!“. Bei der Digitalisierung und insbesondere beim Thema „Künstliche Intelligenz“ ist mir außerdem wichtig, dass sie mitbestimmt sind und zudem nachhaltig, demokratisch und auf der Basis unserer Werte gestaltet werden. Gemeinsam mit dem Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit setze ich mich dafür ein, dass die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztags kein Sparmodell wird, sondern pädagogisch anspruchsvoll und nicht zuletzt arbeits- und tarifpolitisch gestaltet wird. Unser Ziel muss ein qualitativ hochwertiger, inklusiver, zukunftsfester Ganztags sein! ■

>>> **Andreas Keller**

kandidiert für den Organisationsbereich
Hochschule und Forschung.



Foto: Kay Herschelmann

GE – Gewerkschaft Erziehung. Das wäre der Name unserer Gewerkschaft ohne den Organisationsbereich Hochschule und Forschung. Ich bin überzeugt: Die GEW braucht ihr großes W wie Wissenschaft

nicht nur wegen ihres traditionsreichen Namens! Fast alle Kolleg*innen, welche die GEW organisiert, werden an einer Hochschule ausgebildet: Lehrkräfte, Berufs- und Weiterbildner*innen, aber auch Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen und immer mehr Erzieher*innen. Der GEW darf es schon deshalb nicht egal sein, unter welchen Bedingungen an unseren Hochschulen studiert und gearbeitet wird. Wenn neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten an Universitäten mit einem Zeitvertrag mit einer Laufzeit von durchschnittlich 18 Monaten abgespeist werden, ist das nicht nur ungerecht, sondern geht auch auf Kosten der Qualität von Lehre und Forschung. Wenn acht von neun Studierenden beim BAföG leer ausgehen, werden viele junge Menschen vom Studium abgehalten, insbesondere jene aus benachteiligten Familien; das verschärft den Fachkräftemangel. Und wenn bereits studentische Beschäftigte darauf getrimmt werden, dass man im öffentlichen Dienst ohne Tarifvertrag prekär beschäftigt wird, ist das eine fatale Prägung für weitere berufliche Stationen. Die Bildungsgewerkschaft GEW muss ihren Kampf für gute Arbeits-, Lern- und Studienbedingungen, die soziale Öffnung der Hochschulen, eine bessere Studien- und Hochschulfinanzierung sowie die Stärkung von Chancengleichheit, Wissenschaftsfreiheit und Mitbestimmung nicht nur fortsetzen, sondern ausbauen. Dafür stehe ich, und darum trete ich erneut für das große W in der GEW an. Ich bin seit 35 Jahren aktives GEW-Mitglied, seit 18 Jahren im Hauptamt tätig und habe davor berufliche Erfahrungen in Lehre und Forschung, Wissenschaftsmanagement und Politikberatung gesammelt. Sehr gerne möchte ich weitere vier Jahre im Geschäftsführenden Vorstand für gute Bildung und gute Arbeit kämpfen. ■

Ralf Becker

kandidiert für den Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung.

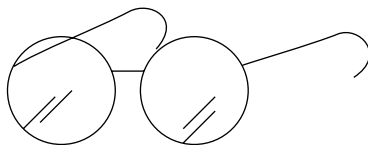


Foto: GEW

Nach über 20 Jahren ehrenamtlicher Gewerkschaftsarbeit und vier Jahren als hauptamtliches Vorstandsmitglied für den Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung bewerbe ich mich um die Fortführung

dieser Tätigkeit. Mein Ziel ist es, die bisherige erfolgreiche Arbeit zu verstetigen und weiter zu entwickeln; dies in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden, den drei Bundesfachgruppen Gewerbliche Schulen, Kaufmännische Schulen und Erwachsenenbildung, den anderen Vorstandsbereichen sowie in intensiver Diskussion im DGB und mit den Einzelgewerkschaften. Zur Verwirklichung des Grundrechts auf Ausbildung muss berufliche Bildung inklusiv gestaltet werden und ist es notwendig, die berufsbildenden Schulen dazu in die Lage zu versetzen. Der Pakt für die Berufsbildenden Schulen muss deshalb mit Ressourcen ausgestattet werden. Wegen der sich ändernden Anforderungen der Lebens- und Arbeitswelt muss zudem die berufliche Bildung neu gedacht werden. Gemeinsam mit den Bundesfachgruppen wurde dem Gewerkschaftstag ein Antrag zur Inklusion in der beruflichen Bildung vorgelegt, und wir planen eine Zukunftswerkstatt zur beruflichen Bildung, um dort Schritte festzulegen, die ich gerne weitere vier Jahre mitgehen möchte. Obwohl allerorten die Bedeutung der Weiterbildung hervorgehoben wird, gibt es keinen Bildungsbereich, der so wenig strukturiert ist, mit Intransparenz und prekären Arbeitsverhältnissen. Weiterbildung muss Teil des staatlichen Bildungsauftrags werden, und die Arbeitsverhältnisse müssen durch rechtliche Rahmenbedingungen und Tarifverträge verbessert werden. Der Weg zu besseren Arbeitsbedingungen ist ein mühsamer. Erste Erfolge wurden in den letzten vier Jahren erreicht, die ich gerne gemeinsam mit Euch ausbauen möchte. Bildung in der digitalen Welt und Bildungsfinanzierung sowie die Betreuung der dafür eingerichteten Arbeitsgruppen der GEW waren ein wichtiger Teil meiner Arbeit der letzten vier Jahre. Die gute und erfolgreiche Arbeit dieser AGs möchte ich auch in Zukunft weiter begleiten. ■

MITGLIEDERFORUM



PROBLEMATISCHE ANZEIGE

*(E&W 12/2024-1/2025, ANZEIGE AUF SEITE 11:
LONG-COVID-INITIATIVE DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR GESUNDHEIT – BMG)*

(...) Ich halte eine solche Anzeige in der E&W aus mehreren Gründen für problematisch! Denn Long Covid ist – anders als es die Anzeige vorgibt – kein weit verbreitetes Problem unter Kindern und Jugendlichen, und sie sind auch nicht in besonderer Weise davon betroffen. Die Anzeige lenkt davon ab, dass es hauptsächlich die massiven Folgen der Corona-Maßnahmen sind, unter denen Kinder und Jugendliche bis heute leiden. Empirische Befunde aus der Schulleistungsmessung und zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen belegen die Schäden, die die Maßnahmen verursacht haben, unmissverständlich!

(...) Ich bin der Meinung, dass die GEW und ihre Mitgliedszeitung sich endlich kritisch mit den Corona-Maßnahmen auseinandersetzen müssen. (...) Erinnerung sei beispielsweise an monatelange Schulschließungen, an Maskenzwang und an die Testpflicht. Zudem gab es einen immensen Impfdruck und leider auch eine Ausgrenzung und eine Diffamierung von maßnahmenkritischen Kolleg*innen, Eltern und Schüler*innen als Querdenker*innen, Corona-Leugner*innen und so weiter. Genauso wichtig ist es, auch über die Verweigerung einer Aufarbeitung durch weite Teile von Politik, Medien und gesellschaftlichen Akteur*innen zu berichten.

Alexander Wittenstein, Leipzig

Anm. d. Red.:

Die GEW und die Redaktion der E&W halten es für wichtig, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie kritisch zu bewerten und dabei auch die negativen Folgen,

die diese Maßnahmen gerade für Kinder und Jugendliche sowie für die Beschäftigten des Bildungssektors hatten, im Blick zu haben, um daraus Lehren für mögliche künftige Pandemien zu ziehen. Die GEW plant eine Aufarbeitung des Themas nach dem diesjährigen Gewerkschaftstag.

RAHMENLEHRPLÄNE FEHLEN

*(E&W 12/2024-1/2025, SEITE 20 F.: „MEHR
DEMOKRATIE WAGEN!“ UND E&W 2/2025, SEITE 25:
„QUERSCHNITTSAUFGABE“)*

Die Beiträge sind ja nicht falsch. Sie blenden aber den entscheidenden, unterrichtsbestimmenden Aspekt der Prüfungen im dualen Berufsbildungssystem aus. Auch nach einem Vierteljahrhundert lernfeldorientierter Rahmenlehrpläne für fast alle Berufe gibt es keinen solchen Lehrplan für Politische Bildung respektive Wirtschafts- und Sozialkunde. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hatte einen solchen 2019 auf einer gemeinsamen Tagung mit der Bundeszentrale für politische Bildung angekündigt; umgesetzt wurde das Vorhaben bislang nicht. (...) Ich hoffe, dass meine Gewerkschaft sich nach langen Jahren wieder intensiv diesem Thema widmet. Zur Vertiefung in dieses jahrelang von den Gewerkschaften vernachlässigte Thema sei auf die Uni Bielefeld hingewiesen. Wenn mehr Demokratie gewagt werden soll und das nicht nur eine Tagesparole bleibt, dann sind auch die Lehrkräfte in den Berufsbildungsausschüssen der Kammern gefragt. Es bedarf einer konkreten berufsbildungspolitischen und fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung. Das ist eine berufsbildungs- und gesellschaftspolitische Aufgabe der GEW, des DGB und seiner Gewerkschaften, gerade auch wegen des Rechtsrucks in der Gesellschaft. (...)

Dieter Hölterhoff, Hamburg

UNVERSTÄNDNIS ÜBER UNVERSTÄNDNIS

(E&W 12/2024-1/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 44 F.: „UNVERSTÄNDNIS“)

Karikaturen sind schon seit der Antike bekannt. Sie sind ein Mittel, das in westlichen Zeitungen, so auch in deutschen, täglich die einen zum Schmunzeln bringt, andere weniger erfreut. Karikaturen überzeichnen menschliche Eigenschaften, Handlungen, zumeist mit politischer Tendenz. Ich empfehle dem Kollegen Abed, sich das vorzügliche Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zur Brust zu nehmen. Unter Artikel 5, Recht der freien Meinungsäußerung, Medienfreiheit, Kunstfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, wird er fündig werden. (...)
Ulrich Bald, Hagen

ZIEL MUSS DIE INKLUSIVE SCHULE SEIN

(E&W 2/2025, BEIHEFTER IN DER HEFTMITTE: „GEW-FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025“ SOWIE SEITE 28 FF.: „LERNEN INS ZENTRUM DER SCHULE STELLEN“)

Acht Forderungen für „eine andere Bildungspolitik“ richtet die GEW an die kommende Bundesregierung. Neben den aufgelisteten finanzwirksamen Punkten fehlt meines Erachtens ein wesentlicher Bereich, auf den Bob Blume in dem Interview mit ihm deutlich hinweist: „Lernen ins Zentrum der Schule stellen“, nach dem Warum des Lernens fragen und den notenfixierten Unterricht aus der Tabuzone holen. Damit wäre auch das wesentliche GEW-Ziel der einen inklusiven Schule für alle wieder in Erinnerung gerufen.

Ob eine neue Bundesregierung reformresistente Landesregierungen auf jahrzehntelange Versäumnisse in diesen pädagogischen Fragen aufmerksam machen will, ist angesichts bisheriger Erfahrungen zu bezweifeln, obwohl die Berücksichtigung dieser Aspekte im Gegensatz zu den meisten anderen nicht mit Kosten verbunden wäre und der Nutzen für bisher überlastete Lehrer[^] und fremdbestimmte Schüler[^] enorm ausfiele. Ein Grund mehr für unüberhörbare Alarmsignale der Bildungsgewerkschaft!
Ernst Wilhelm, Bamberg

Anm. d. Red.: Der Kollege hat recht: Ein wichtiges Ziel muss die inklusive Schule für alle sein. Dafür setzt sich die GEW auch ein. Die in der E&W 2/2025 veröffentlichten Forderungen der GEW für eine andere Bildungspolitik

richteten sich allerdings an eine künftige Bundesregierung. Schulpolitik ist Ländersache und fällt daher in den Zuständigkeitsbereich der Kultusministerkonferenz (KMK).

RÜSTUNG SCHADET DEM KLIMA

(E&W 2/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 46: „KLARE GEW-POSITION FEHLT“)

Ganz herzlichen Dank an Grit Schulze für ihren Leserbrief zur Friedensbildung! Ich gebe ihr absolut recht: Für Pädagog*Innen muss gewaltfreie Konfliktlösung ein alternativer Weg sein. Sonst sind alle Konzepte und Bemühungen um „Streitschlichtung“ in der Schule Heuchelei. Und ebenso wichtig: Frieden und Abrüstung sind essenzielle Wege zum Erreichen der Klimaziele. Wer rüstet und Kriege führt, führt alle Klimabemühungen ad absurdum. Jeder Panzer, der hergestellt wird und fährt, jedes Kriegsfahrzeug, das hergestellt wird und fliegt, jede Bombe, die hergestellt und abgeworfen wird, zerstört alle Bemühungen um ein gesundes Klima. Unfassbar, dass alle Emissionen, die mit Rüstung zu tun haben, aus der Statistik herausgerechnet werden, als gäbe es sie nicht. Wen wollen wir damit betrügen? Die Klimaentwicklung lässt sich so definitiv nicht betrügen.

Inge Schmitz, Merzenich

PAZIFISMUS IST GESCHICHTLICH ÜBERHOLT

(E&W 2/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 47: „BESCHWICHTIGENDER TON“)

Die Realität zeigt allen, die fähig sind, sich kritisch und unideologisch die Vorgänge der vergangenen elf Jahre anzusehen, dass Pazifismus geschichtlich überholt ist. Die Friedfertigkeit eines Opfers hat noch nie einen Aggressor besänftigt. Es ist zuallererst die glaubwürdige Fähigkeit, sich – wenn nötig – effektiv zur Wehr zu setzen, die einen relativen Schutz verspricht. Die Bundeswehr soll demnach keine Heimatschutztruppe sein, sondern im Notfall tatsächlich „kriegstauglich“. Das zu unterstützen, ist keine Propaganda für den Krieg, sondern ein Investieren in zukünftige Sicherheit. (...)
Der hiesige Pazifismus war schon immer naiv, da unsere Freiheit nur unter dem (militärischen) Schutz der USA existieren konnte. Diesen Schutz unseres Landes müssen wir künftig selbst übernehmen. Die Bundeswehr macht

an Schulen zudem keine Werbung für eine Karriere in der Armee, schon gar nicht wird Krieg positiv dargestellt. Man referiert über die Außenpolitik der Bundesrepublik – sachlich, neutral und sehr gut. Propaganda hört man allerorten, bei diesen Veranstaltungen aber nicht. Wo der Kollege Klemens Bott natürlich recht hat, ist, dass Waffen allein keinen Frieden schaffen. Friedfertigkeit alleine aber eben auch nicht.

Fridolin Pehl, Kaufungen

GUTES LERNEN BRAUCHT ZEIT

(E&W 3/2025, SEITE 30 FF.: „LERNEN IM EIGENEN TEMPO“)

Lernen geschieht nicht nur durch Zuhören, sondern vor allem durch Vorleben. Jeder Mensch verinnerlicht Neues in seinem eigenen Rhythmus – ob theoretisch oder praktisch. Beides ist wertvoll. Wichtig ist, genügend Raum für diesen Prozess zu haben. Gute Vorbilder spielen

eine Schlüsselrolle: Sie zeigen nicht nur, wie etwas geht, sondern auch, dass Lernen Zeit braucht. Wer sich unter Druck setzt, verliert oft den Spaß – dabei ist genau der die beste Motivation. Ob in Schule, Beruf oder Alltag: Jeder Fortschritt zählt! Und Pausen sind kein Rückschritt, sondern Teil des Lernprozesses.

Martin Leich, Bielefeld

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

**Hilfetelefon
„Gewalt gegen
Frauen“
116 016**

- anonym
- kostenfrei
- 24/7 erreichbar

Online-Beratung:
www.hilfetelefon.de

**Hilfetelefon 116 016
Gewalt gegen Frauen**
www.hilfetelefon.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

**Die Quintenzirkeluhr
und vieles mehr**

5% Rabatt
für E&W-Leser*innen
Bestell-Code:
EW25

NEUE Uhren sowie:
Instrumenten-Taschen
und -USB-Sticks mit 32 GB

Uvds-Design.com
webshop.uvds-design.com

DIE ARCHE
Helfen Sie,
zu helfen!

Damit
jedes Kind
eine faire
Chance
bekommt.

**WER
MACHT
MICH
SATT?**

Jetzt für
tägliches
Mittagessen
spenden!

www.kinderprojekt-arche.de
IBAN DE82 3702 0500 0003 0301 00

NABU

Stunde der Gartenvögel

Zähl mit vom 9. bis 11. Mai 2025
Eine Stunde Vögel beobachten
und dem NABU melden:

Meldeschluss ist am 19. Mai 2025
Mehr Infos unter: www.stundedergartenvoegel.de

DIESMAL

